

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementpreis mit Illustriert. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus für die Zeit vom 23. Nov. bis 29. Nov. 45 Goldpf. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige

Redaktion: Johannisstr. 46

Fernruf { 905 nur Redaktion
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigengebühr für die achtgesparte Seite über deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige Reklamen 80 Goldpfennige

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion



Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Ausgabe 277

Mittwoch, 26. November 1924

31. Jahrgang

Nathusius frei!

Nun heben sie erst recht.

SPD. Paris, 25. Nov. (Sig. Drabib.)

Das Dekret, das die Begnadigung des vom Kriegsgericht in Lille zu einem Jahre Gefängnis verurteilten Generals v. Nathusius verfügte, ist am Dienstag mittag auf Vorschlag des Gesamtministeriums vom Präsidenten der Republik unterzeichnet worden. Da eine Begnadigung gesetzlich nicht möglich war, solange ein Verfahren nicht endgültig abgeschlossen ist, bedurfte es vor der Veröffentlichung des Gnadenaktes der Zurückziehung des von dem Angeklagten gegen das Urteil des Liller Kriegsgerichts erhobenen Einspruchs bzw. der Zurückziehung des Antrages auf Einleitung eines Cassationsverfahrens. Das ist mit Zustimmung des Herrn v. Nathusius noch im Laufe des Dienstagabends geschehen.

Um der Begnadigung des Generals v. Nathusius hat die sozialistische Kammerrätefraktion, insbesondere aber auch Genosse Dr. Breitscheid, der seinen jetzigen Pariser Aufenthalt (Janzen-Feier) zu eingehenden Verhandlungen über den Fall Nathusius mit den zuständigen Stellen奔走, einen hervorragenden Anteil.

*

Der „Soz. Pressedienst“ schreibt dazu:

Die französische Regierung hat am Dienstag das Liller Kriegsgericht desavouiert und die gegen Nathusius verhängte Strafe aufgehoben. Damit ist das Kabinett Herriot einem Verlangen nachgekommen, das auch wir gestellt und mit den erforderlichen Gründen versehen haben. Mehr als Herriot getan hat, konnte er nicht tun. Mehr ließen die französischen Gesetze nicht zu, als daß er dem Präsidenten der Republik im Auftrage seiner Regierung den Vorschlag der Begnadigung des Generals v. Nathusius mache.

Das weiß natürlich auch die Rechtsopposition in Deutschland. Aber trotzdem stellt sie sich heute hin und erklärt: „Wir wollen keine Gnade, sondern Recht! Wir wollen, daß das Urteil des Kriegsgerichts annulliert, General Nathusius als unschuldig erklärt und die Strafe aus der Welt geschafft wird.“ Wer möchte das nicht, wenn es möglich wäre? In Wirklichkeit aber will die Rechte weder Gnade noch Recht.

Sie will, daß Nathusius wenigstens bis nach den Wahlen im Gefängnis bleibt

und ihr so ein Mittel zur Propaganda gegeben ist, von dem sie sich in der großen Pleite Erfolg verspricht. Was gilt ihr der Kreis von 69 Jahren? Das Liller Kriegsgericht ist der deutsch-nationalen Presse viel lieber als der deutsche General, von dem auch wir behaupten, daß er unschuldig verhaftet und unfähig bestraft wurde. Pfui Teufel — ist das eine „nationale“ Gesellschaft! Sie schämt sich nicht einmal,

dem alten General jetzt durch Telegramme klar zu machen, daß er eine Begnadigung ablehnen muß!

Warum auch nicht? Die Burschen, die diesen Wunsch hegen, brauchen ja im Eventualfall nicht ein Jahr im Gefängnis zu sitzen. Sie würden, während Nathusius schmachtet, gegen Frankreich heben, die Lage des Generals erschweren — ihn dann aber, wenn er aus der Haft zurückkehren sollte und das unmögliche Recht, das sie verlangen, nicht wahr geworden ist, mit Jubel empfangen. So haben sie es bei dem vor fast einem Jahre in St. Ré verstorbenen und in Deutschland beerdigten jungen Dreyer getan, und so würden sie es, wenn die Möglichkeit besteht, mit General Nathusius tun.

Erst suchen sie ihre Opfer, um sie dann zu feiern.

Die Haltung des Generals v. Nathusius vor dem Liller Kriegsgericht, seine aufrichtige Art und sein Verständnis für die realen Tatsachen geben uns die Hoffnung, daß er dem Wunsche der Rechten nicht nachkommt und auf das Martyrium verzichtet. Die Freiheit dürfte auch ihm lieber sein als ein Jahr Gefängnishaft, die ihn als alten Mann vielleicht ins Grab bringt, ohne daß er damit auch nur das Geringste für das Prestige Deutschlands erreichen würde. Gewiß, die Strafe existiert auch trotz Begnadigung. Aber das Wesentliche ist, daß sie von einem französischen Militägericht ausgesprochen wurde, das wir nicht anerkennen und dessen Urteil im Fall Nathusius für uns nicht existiert. Nathusius bleibt für uns trotz seiner Verurteilung unschuldig, und das ist die Hauptfahne bei der Beurteilung jener Frage, die jetzt von der Rechten aus parteipolitischen Gründen aufgeworfen wird. Sie, die „nationale“ Rechte, erkennen natürlich das Urteil eines französischen Kriegsgerichts an; denn ohnedem würde ihre Forderung nach „Recht“ überhaupt in der Luft hängen. Schon daraus ergibt sich, daß es den Deutschnationalen gar nicht um die Person des Generals Nathusius zu tun ist. Sie wollen nicht seine Freilassung, sondern Inhaftierung.

Das entspricht ihrer Ausschauung von nationaler Würde,

die sie niemals besessen haben und die sie nie besitzen werden. Pfui Teufel! — Unser Volk hat allen Anlaß, sich dieser „Nationalen“ zu schämen.

*

Wir brauchen dem wenig hinzuzufügen. Unsere Leser haben schon gestern erfahren, wie gleichzeitig der „Lübecker Kommu“ gegen den „abgesäumten Heriot“ steht.

Wundert das noch jemanden? Wenn die Hakenkreuzler die Parole ausgeben, klaffen die Böhschwisten mit. Sie sind die Trophäen der nationalsozialistischen Heizerbanden. Nichts weiter.

Und wer ist ihrer aller Feind? — Die Sozialdemokratie! Denn sie allein kämpft für Frieden und Völkerverständigung!

Wer regiert in Deutschland?

Die Reichsregierung verhandelt — die Schwerindustrie sabotiert!

SPD. Paris, 25. November. (Sig. Drabib.)

Die für Dienstag angelegte erste Führungnahme zwischen den deutschen und französischen Sachverständigen der Schwerindustrie zur Besprechung der künftigen Gestaltung der Zolltarife konnte nicht stattfinden, da die deutschen Sachverständigen bisher in Paris nicht eingetroffen sind. Sie haben ihr Fernbleiben mit beruflicher Unzufriedenheit entschuldigt, doch dürfte ihr Verhalten in Wirklichkeit politische Motive haben, die mit den Handelsvertragsverhandlungen in keinem Zusammenhang stehen. Dieses Verhalten ist in höchstem Grade beschränkt. Denn schließlich ist es die deutsche Regierung und ihre Organe, die die Politik des Reiches zu machen haben. Es ist aber nicht Sache der Herren von der Schwerindustrie, sich unbedingt in die Regierung schwedender Angelegenheiten einzumischen.

*

Das alte Spiel, das Skinner so meisterhaft spielt, soll also wieder beginnen. Die Regierung arbeitet für die deutsche Wirtschaft, die Herren Schlotbarone werfen ihr Knüppel zwischen die Beine.

Sie wollen zeigen, daß sie die eigentlichen Herren in Deutschland sind, und Herr Dr. Stresemann, der deutsche Reichsaußenminister nur ihr junger Mann.

Bis zum 7. Dezember, meine Herren! Keinen Tag länger!

Der erste Handelsvertrag.

Beurkundeter Abschluß mit der Schweiz.

Der Schweizer Bundesrat hat am Dienstag das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland genehmigt. In einer Botschaft an das Parlament wird das Abkommen als annehmbare Lösung be-

trachtet und darauf hingewiesen, daß auch Deutschland der Schweiz wichtige Zugeständnisse gemacht habe. Bis zur vollen Aufführung der Einfuhrbeschränkung am 30. September 1925 ist die Warenaufnahme für die beiden Länder dreifach gegliedert. Für bestimmte Waren sind Kontingente im Anfang der Wirkungsperiode vorgesehen. Für andere werden die Einfuhrberechtigungen nur etwa bis zur Hälfte der Wirkungsperiode genehmigt und schließlich erteilt die Schweiz generelle Einfuhrberechtigung für Bau- und Nutzholz, für Galanterie, Gold- und Silberschmiedewaren usw.

Louchéur über den Handelsvertrag mit Deutschland.

Der ehemalige Minister Louchéur erklärte einem Mitarbeiter der „Journal de l'Industrie“, daß Frankreich wie Deutschland das gleiche Interesse habe, die begonnenen Handelsvertragsverhandlungen zu einem glücklichen Ende zu führen. „Für uns Franzosen“, so sagte er weiter, „ist die Lage sehr klar, Deutschland darf gerechterweise für seine Industrie das Existenzrecht fordern; aber auch wir haben gegenüber der unstrigen die gleiche Pflicht.“

Am die 26prozentige Abgabe.

Paris, 26. November (Radio).

Der Generalagent für Reparationszahlungen Gilbert, der augenblicklich in Paris weilte, wird am Freitag von der Reparationskommission gehört werden. Zu den Fragen, die dabei erörtert werden sollen, gehört vor allem die der 26prozentigen Exportabgabe. Der Mainz will darüber hinaus wissen, daß die Reparationskommission sich bei dieser Gelegenheit auch mit dem Problem der Belastung des deutschen Steuerzahlers befassen will, die an sich geringer sei als in anderen Ländern. Eine Behauptung, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt.

Ergebnisse der Graefe-Versammlung.

Der General-Anzeiger gibt sich zwischen den Wahlen immer sorgsame Mühe, so ein bisschen parteipolitisch zu scheinen. In der Höhe des Wahlkampfes aber vergiszt er dann alle guten Vor- und忘却t nur noch nach der einen brüderlichen Melodie: hie gut völkisch alle wege.

Man kann auch so sagen: der politische Redakteur des „General-Anzeiger“ littet in himmlischer Geduld Tag für Tag Porzellan, das der Lokalredakteur dann wie ein rotes Deckstein immer wieder kaput schlägt. Was soll man z. B. dazu sagen, daß der Vertreter des unabhängigen Blattes für jedermann zusammen mit den halbslüggen Hakenkreuzpersingen das Ehrhartlied singt? Sein Herz hüpfte vor Freude und die Begeisterung ging eben mit ihm durch.

Niemand kann sich deshalb darüber wundern, daß der „General-Anzeiger“ über die aufgeregte Versammlung im Kolosseum Berichte bringt, über die selbst die Polizei sich totlädt.

Einige Feststellungen mögen deshalb genügen, um in das müßige Sauerkraut des Herrn Knie einige Ordnung zu bringen.

Zum zweitenmal behauptet der „General-Anzeiger“ heute frech, die Tür zum Kolosseum sei aufgebrochen worden. Diese Behauptung ist falsch. Auch die Polizei hält sie nicht mehr aufrecht. Der Saal ist ordnungsgemäß aufgeschlossen worden. Die eine Winde angestellt wurde erst später, im Gedränge, beschädigt.

Der Berichterstatter des „General-Anzeiger“ will von der Bühnenrampe alles angelehen haben. Das stimmt — während des Gangvereins. Als die Lage sich critisch zusetzte, da war die Bühne völlig leer von Menschen. Auch sonstige Weisen waren nicht mehr zu sehen, weder Graefe noch sein Freund Knie.

Der beste Beweis, daß Herr Knie von der ganzen Sache nichts mit eigenen Augen gesehen hat, ist seine Darstellung über die Haltung des Gen. Leber. Herr Knie hat doch sonst so gute Beziehungen zur Polizei. Die hätte ihm sagen können, daß Dr. Leber beim Eingreifen der Polizei noch zwischen Bühne und ersten Säulen stand. Erst auf Aussforderung der Polizei ging er weg, machte aber sofort wieder Front, als ein halbes Dutzend Hakenkreuzler unter dem Schutz der Polizei ihn bedrängten. Ubrigens wissen ja alle Reichsbannerleute, daß Leber als einer der letzten auf die Straße kam. Dies nur zur Kennzeichnung der glänzenden Berichterstattung des „unabhängigen“ Blattes.

Vielleicht dürfen wir hier einschalten, daß schon während der Versammlung mehrere Hakenkreuzler in vertrautem Kreise ankündigten, sie hätten für die Gen. Haut und Leber allerlei auf Lager, und dabei auf ihre Gummiknüppel und Schlagringe klopften. Zeugen stehen zur Verfügung!

Was Knie von dem Zusammentreffen zwischen Reichsbanner und Saalhüsch gesehen haben will, stammt aus den bunten Gedanken seiner etwas verängstigten Phantasie. Der Saalhüsch griff allerdings mit Gummiknäppeln und Schlagringen einige Reichsbannerleute an, wurde aber sofort wieder zurückgetrieben und stand schließlich dicht geschlossen vor der Bühne.

Das Gedränge an der Tür entstand erst, als die Polizei eingriffen hatte. Allerdings fanden in diesem Gedränge Dinge vor, die für die Polizei unter Führung des Hauptmanns Machleit kein Ruhmesblatt sind. Auf die am Eingang festgehalten wurde rücksichtslos losgeprügelt. Aus welchem Grunde? Ein Reichsbannermitglied, das einem am Boden liegenden blutig geschlagenen Kameraden helfen wollte und um die Erlaubnis hierzu bat, bekam als Antwort auch den Gummiknäppel.

Genoße Passarge sammelte vor dem Kolosseum das Reichsbanner und forderte auf, trotz der schweren Misshandlung einiger unserer Leute durch die Polizei ruhig und geschlossen abzurücken. In demselben Augenblick wurde er von dem herbeilegenden Hptm. Machleit am Weiterstreichen gehindert: Halten Sie den Mund und machen Sie, daß Sie hier wegkommen!

Wir wissen auch, daß nicht alle im Kolosseum anwesenden Sipolute den „Machleit-Rummel“ mitmachten. Verschiedene suchten ehrlich und loyal das Gedränge zu beruhigen. Über einige — gerade sie sind den Arbeitern in diesem Punkt weit bekannt — hielten tüchtiglos auf alles ein, was Arbeiterskleidung trug. Und wenn wir geschrieben haben, daß der Revolver eine Rolle spielt, so handelt es sich selbstverständlich nicht um die Revolver im Futteral, sondern um Revolver, die drohend in der Hand getragen wurden.

Das Eisenrohr, das ein Reichsbannermitglied verloren haben soll, spielt bei allen derartigen Zusammenstößen in der bürgerlichen Phantasie eine bewegte Rolle. Wir stellen fest, daß das Reichsbanner völlig unbewaffnet war und keinen Augenblick an irgend eine Gewalttätigkeit dachte.

Wenn der heutige Th.-Artikel des „General-Anzeiger“ davon spricht, daß Gummiknäppel keine Beweismittel seien, so hat er recht. Leider vergiszt er hinzuzusehen, daß die Gummiknäppel nur von den Stahlhelm-patrioten und von der Polizei in das Kolosseum gebracht worden sind. Leider sagt er auch nicht, daß gestern abend wieder mit Gummiknäppeln und Schlagringen gespielt wurde. Das alles von einem Saalhüsch, der an Charakterlosigkeit nichts zu wünschen übrig läßt, den nur sein Haß gegen die Sozialdemokratie einigt. Die mit dem Stahlhelm gejchütteten Saalhüsch-leute klatschen Beifall, wenn Graefe den Deutschnationalen Rat vorwirft, sie klatschen Beifall, wenn Westarp dem Graefe Vergiftung der öffentlichen Meinung vorhält, sie klatschen auch Beifall, wenn Westarp gegen Stresemann von nationaler Bildungslosigkeit spricht, und sie werden Beifall klatschen, wenn Stresemann Westarp vermöbeln wird. Das ist der Saalhüsch. Eine charakterlose dumme Claque! Der Stolz des Bürgertums! Und gleichzeitig Lübecks letzte Rettung!

Eine wichtige Entbedung.

Aber der ganze Wahlkampf ist bisher falsch geführt worden. Von allen. Der Lübecker Politiker hat's entdeckt. Von rechts kämpft man unter schwartz-weiß-roter Fahne für die Aufrichtung der alten absolutistischen Militärmönarchie. Wir kämpfen unter dem schwartz-rot-goldenen Banner für die Republik!

Aber — Du lieber Gott! — wie soll denn da einer machen, der nicht weiß, ob er Republikaner oder Monarchist, ob er schwartz-weiß oder schwartz-rot-golden ist? ... Und der doch Stellung nehmen muß; denn er ist ja der politische Hauptgeschäftsführer der in bürgerlichen Kreisen am meisten gelesenen Tageszeitung?

Ja, das ist eine verdammt unangenehme Situation. Aber sie hat doch ihr Gutes. Einer bitteren Pflicht genügend quälen wir uns bisher ängstig durch die sattsam belämmerten „Regenwurm“ im Lübecker Generalanzeiger.

Aber jetzt werden sie plötzlich amüsant. Zwar fliehen sie spärlicher, aber sie und da bereiten sie uns doch Stunden fröhlicher Erheiterung. So einen wild gewordenen Regenwurm, der im Eiltempo im Kreis herumkriecht, sieht man nicht alle Tage.

Doch nach seiner Ansicht der ganze Wahlkampf falsch geführt wird, haben wir schon gesagt. Aber es gibt noch mehr Blüten in seinem letzten Elaborat.

„Das Ergebnis des Wahlkampfes kann (im Original gespiert) weder eine Rechtsregierung noch eine Linkstreigierung sein.“ (Ja was ist denn dann eine Bürgerblockregierung? — Vielleicht eine Regierung des Mondes?)

Dann wird er wehleidig: „Zu all dem Verfehlten des diesmaligen Wahlkampfes kommt noch die ausgesprochene Kämpfung.“ Dees glaubst! Besonders die Kampfkürzung der Sozialdemokraten fällt Herrn Th. Schwer auf die zarten Nerven.

Wer der Artikel nun doch einen schwungvollen Schluss haben, und so wird der Sentimentale schließlich doch zum Talmenschen.

„Man will Taten lehnen!“

donnert er am Ende.
Was für Taten, wird nicht gesagt. Herr Th. weiß es auch nicht, er weiß überhaupt nicht, was er will. Aber das macht nichts — er will es doch wenigstens ganz bestimmt!

Die Liste der Parteien.

Ein guter Anfang — dann kommt der Jammer.

Der Reichswahlzensus hat gestern die beim Reichswahlleiter eingereichten Reichswahlvorstellungen festgestellt und ihre Reihenfolge auf dem amtlichen Stimmzettel bestimmt. Es ergibt sich daraus eine ungeheureliche Zersplitterung des Parteiwesens.

Nicht weniger als 25 Parteien und „Parteien“ bewerben sich um die Stimmen der Wähler. Die Reihenfolge ist diese:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 2. Deutsche Nationalpartei, 3. Zenitum, 4. Kommunistische Partei, 5. Deutsche Volkspartei, 6. Nationalsozialistische Freiheitspartei, 7. Demokrat, 8. Bayerische Volkspartei, 9. Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, 10. Landbund, 11. Deutzhannoversche Partei, 12. (bleibt unbesetzt, wahrscheinlich, weil der Bayrische Bauernbund keine eigene Reichsliste eingeschickt hat), 13. Häuser-Bund, 14. Unabhängige Sozialdemokratie, 15. Stark-Bund, 16. Fraktionslose (!!!) Partei, 17. Deutsche Aufwertungs- und Kaufbaupartei, 18. Freier Wirtschaftsbund, 19. Christlichsoziale Volksgemeinschaft für Deutschland, 20. Römisch-katholische Volksgemeinschaft für Deutschland, 21. Nationale Minderheiten, 22. Deutschnationalistische Reichspartei, 23. Aufwertungs- und Wiederausbaupartei, 24. Mietpartei Deutschlands, 25. Partei für Volkswohlthätigkeit und Mieterschutz.

Ein Bild von dem maßlosen Mangel an politischem Verständnis, der noch immer in weiten Kreisen des deutschen Volkes herrscht!

200000 Gruppen, die einander ausspielen, 3 Aufwertungsparteien, eine Partei der Parteilisten, 2 Meillau (Häuser und Stark), es ist zum Jammer!

Und neben dem Marmarr ein Dokument der politischen Karriere. Landau ziehen die Redner der Deutschen Nationalen und erzählen, sie seien bis jetzt die härteste Partei gewesen. Dienen Anhänger haben sie bekanntlich nur durch die Erfahrung mit dem Land und erreicht. Jetzt vor der Wahl trennt man sich wieder, weil man hofft, auf diese Weise noch mehr Dumme zu fangen.

Ein Lichiblick ist in dieser Liste, an der Spitze steht die Partei, die wirklich die härteste ist, die Partei, die weiß, was sie will!

Ihr gebührt die Führung!

Siehe jeder aus dieser Liste, wie trostlos es noch in diesen Köpfen aussieht. Nehmt die Liste mit, erklärt sie denen, die noch zögeln sind!

Wird der Achtundertag für ganz Europa bindend?

Es hängt nur noch von Deutschland ab.

Dem polnischen Ministerrat ist von den zuständigen Ministern ein Gesetzentwurf über die bedingte Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommen vorgelegt worden. Die Ratifizierung durch Polen soll, dem „Mitspieler“ folge, von einer vorherigen Ratifizierung durch Frankreich, England, Deutschland und Belgien abhängig gemacht werden. Die gegenwärtige polnische Begegung sieht eine 46-tägige Arbeitswoche vor, ist zwischenzeitlich nicht durch die Erfahrung mit dem Land und erreicht. Jetzt vor der Wahl trennt man sich wieder, weil man hofft, auf diese Weise noch mehr Dumme zu fangen.

Die Ratifizierung, somit die internationale Festlegung des Arbeitstaktes hängt jetzt ausschließlich von Deutschland ab. Ob Deutschland aber ratifizieren wird, darüber wird der 7. Dezember entscheiden. Arbeitnehmer, Angestellte, beruft daran, rügt die letzten zwei Wochen und werkt für die Sozialdemokratie!

Der Freiburger Kommunistenprozeß.

Die Strafanträge.

SPD. Freiburg, 24. November. (Sig. Drahöber.)
In der Montagsitzung des Staatsgerichtshofes begannen, wie vorausgesieht, die Plädoyers der Anklage und der Verteidigung. Inschrift gibt Oberrechtsanwalt Dr. Ebermeyer eine lange Darlegung des Sachverhalts der Lütticher Urzüge, der Spenglerstreit und der den Kriegsvorbereitungen hierzuzeitlichen Beschuldigungen. Seine Rede, daß es sich bei den Lütticher

Wie mit den Beamten gespielt wird!

Reichsfinanzministerium und Schwerindustrie Hand in Hand.

Die vier Beamtenspartenorganisationen (Deutscher Beamtenbund, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Gesamtverband, Beamtenring), die bei der Neuregelung der Beamtenbesoldung zusammengearbeitet haben, traten am Dienstag vormittag zusammen, um zur Entscheidung in der Beamtenbesoldungsfrage Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der Beratung liegt darin, daß man zunächst wohl oder übel die Entscheidung nimmt, die Mitglieder der Organisationen jedoch nicht im Unklaren läßt, daß die getroffene Entscheidung unerträglich ist.

Die gemeinsame Erklärung der vier Organisationen lautet:

„Die Beamten-Spitzenorganisationen haben nach dem gänzlich unbefriedigenden Ergebnis der Verhandlungen im Reichsfinanzministerium weitere Schritte beim Reichsrat, beim Reichskanzler und bei dem Reichsfinanzminister persönlich unternommen. Die hierdurch erzielte geringe Verbesserung trägt den berechtigten Ansprüchen der Beamten in keiner Weise Rechnung. Trotzdem ist durch den zustimmenden Besluß des Reichsrats die Besoldungsaktion formell zu einem vorläufigen Abschluß gekommen.“

Die Spitzenorganisationen können sich mit diesem Ergebnis nicht zufriedengeben und werden nach dem Zusammentritt des neuen Reichstages die Aktion erneut aufnehmen. Es gilt, durch eine verhältnismäßig stärkere Hebung der Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen das Unrecht der Besoldungsregelung vom Juni 1924 zu beseitigen und eine grundhafte Besoldungsreform durchzuführen.

Die Organisationen fordern daher ihre Mitglieder auf, bei den bevorstehenden Wahlen dafür einzutreten, daß eine den Beamten sowie den allgemeinen Arbeitnehmer- und Verbraucherinteressen gerecht werdende Zusammenfassung der Parlamente gefordert wird.“

Die Beamtenenschaft ist mit Recht über den Ausgang der Besoldungsverhandlungen wenig entzückt. Was bei ihr besondere Mitherrschung hervorgerufen hat, das war

die Art des Reichsfinanzministeriums,

mit der es vor der Offenbarkeit den Eindruck entstehen ließ, als ob die wirkliche Besoldung der aktiven Beamten eine ungeheure, kaum tragbare Last für die Staatsfinanzen mit sich bringe. Das Reichsfinanzministerium sprach ganz allgemein von einer Mehrbelastung in Höhe von rund 170 Millionen pro Jahr und hat es den

Schirmherren in der Industrie leicht gemacht, fürchterliche Proteste gegen die Besoldungserhöhung loszulassen. So haben sofort verschiedene Handelskammern in Rheinland-Westfalen den Versuch gemacht, die Reichsregierung gegen die Besoldungserhöhung aufzuputzen, und auch sonst haben sich in falsch unterrichteten Bevölkerungskreisen Stimmen bemerkbar gemacht, die in der bekannten Tonarbeiter und Angestellte gegen die Beamtenchaft ausspielen wollen. Das alles wäre nicht möglich gewesen, wenn das Reichsfinanzministerium eine genaue Darstellung darüber gegeben hätte aus welchen Positionen sich die Gesamtmehrbelastung von 170 Millionen im Jahr zusammensetzt. Die Sache liegt nämlich so gedeckt.

Von den monatlichen Mehrkosten entfallen
1. auf die aktiven Beamten (einschl. Reichswehr) 4.557 Mi-

2. auf die Wartegeldempfänger, Pensionäre und Hinterbliebenen 2.685 Mi-

3. auf die Kriegsrentenempfänger, Kriegshinterbliebenen, Kriegsveteranen u. Offiziere 6.721 Mi-

Wie man sieht, entfällt auf die eigentlich aktiven Beamten nur ein bescheidener Teil. Die Hauptlast ist eine Folge des Krieges und des ökonomischen Beamtenabbaus. Dieser hat zur Folge gehabt, daß der unproduktive Teil der Last sich wesentlich erhöht hat. Er ist jetzt nahezu doppelt so hoch. Es fällt natürlich niemandem ein, den Opfern des Krieges, — den wirklichen Opfern, nicht den Pensionären a la Ludendorff — ihre Bezüge aufzuhören, aber

sollen denn vielleicht gerade die unteren Beamten die Kosten des Krieges und ökonomischen Beamtenabbaus tragen?

Eine solche Beamtenbesoldungspolitik wäre geradezu ein offensichtlicher Standort.

Angesichts dieser Tatsachen, die doch ein ganz anderes Bild über die Beamtenbesoldung und die daraus entstehenden Mehrlasten geben, ist es völlig unbegreiflich, warum sich im Reichstag die Vertreter der Länder vom Reichsfinanzministerium breitschlagen lassen konnten. Es ist wirklich höchste Zeit, daß ein neuer Reichstag für mehr Klarheit und mehr Gerechtigkeit in der Beamtenbesoldung sorgt. Die unteren Beamten haben es in der Hand, am 7. Dezember durch die Methoden und Praktiken des Reichsfinanzministeriums einen dicken Strich zu machen.

Die Schandpolitik der englischen Nationalisten.

Macdonald meldet sich zum Wort.

SPD. Kairo, 25. November. (Sig. Drahöber.)
Der König hat durch ein Dekret das ägyptische Parlament am Dienstag auf einen Monat vertagt.

In der Entwicklung des englisch-ägyptischen Konfliktes wird zunächst eine Pause eintreten. Eine Periode, in der die englische Regierung die Schritte, die das neue ägyptische Ministerium unternehmen wird, abwartet. Die abwartende Haltung kostet den Engländern gar nichts, weil sie alle wesentlichen Fortbewegungen ihres Ultimatums mit eigener militärischer Macht durchgeführt haben. Wahrscheinlich wird alles, was jetzt folgt, nur noch theoretisches Interesse haben. Es wird im günstigsten Falle eine Formel gefunden werden, die die Ausdehnung der englischen Gewalt in Ägypten und im Sudan legalisiert.

Das Recht zur weiteren Entzehrung Ägyptens hat England daraus hergeleitet, daß es die ägyptische Regierung für das Attentat auf den englischen Höchstkommandierenden verantwortlich mache. Diese Verantwortlichkeit ist bei den Händen verhaftet geblieben, denn die ägyptische Regierung an ihrer Spitze der Ministerpräsident Zaghlul, hatte mit dem Verschwörer nichts gemeinsam, sondern war, wie das Attentat auf Zaghlul Pasha vor wenigen Monaten gezeigt hat, von dem gleichen Verschwörerkreis ebenso angefeindet wie die englischen Vertreter.

Das neue Kabinett kann natürlich die englische Gewalt nicht aufheben. Es hat im Auftrage des Parlaments einen Prozeß an den Völkerbund gerichtet und wird diesem Prozeß höchstwahrscheinlich einen Antrag auf Intervention des Völkerbundes folgen lassen. Die englische Regierung und die ihr ergebenen Zeitschriften erklären jetzt schon, daß sie eine Einmischung des Völkerbundes in diesen Konflikt nicht zulassen werden. Der Völkerbund dürfte also im Eventualfall in eine außerordentlich schwierige Lage kommen, in der es um sein Ansehen als Schutzherrn des Friedens und der natürlichen Rechte der Völker geht.

London, 26. November. (Radio.)
Macdonald hat eine Interpellation über die auswärtige Politik der Regierung eingebbracht. Wenn die Opposition die sofortige Debatte beantragt, wird Chamberlain seine Reise nach Rom aufgeben.

Vom internationalen Faschismus.

Wieder eine Blöße gelöst.

Genf, 24. November.
Das „Fürther Volkstricht“ veröffentlicht am Montag Material über eine politische Skandalaffäre in der Schweiz, die bezeichnend ist für die Unitarie gewisser Organisationen. Kürzlich wurde der Gründer der „Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, Michon,

wegen Unterschlagung zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Michon hatte eine Spionage-Organisation zur Überwachung Arbeitsloser gegründet und in Deutschland antifaschistische Nachrichtenbüros zur Überwachung von Schweizer Sozialisten errichtet. Diese arbeiteten wiederum mit entsprechenden Organisationen im Reiche zusammen. Michon selbst reiste sehr oft nach Berlin und Frankfurt, wo er Spiegel unterhielt, die ausbezahlt bekommen haben. Die Gelder waren

aus der Arbeitslosenversicherung gestohlen. Das so gewonnene Material wurde Schweizer Organisationen zugänglich gemacht. Man erwartet aus dieser Blöße erhebliche politische Weiterungen.

Die Krise in der Sowjetregierung.

Der Kampf gegen Trotski.

Moskau, 24. November.

Die Enthüllung des Moskauer Komitees der kommunistischen Partei Russlands gegen Trotski ist im Sinne der kommunistischen Parteipolitik als ein sehr erster Schritt zu betrachten. Sie ist auf Initiative der maßgebenden Parteiführer Stalin, Kamenew und Sjirnowoje geplant worden. Die Entschließung verlangt, daß das Zentralkomitee sich mit dem Fall Trotski beschäftigt. Der 13. Kongress der KPdA im Mai d. J. hat bekanntlich aus Anlaß des vorausgegangenen Konflikts und als Drohung gegen Trotski und die führenden Mitglieder der Opposition die Veröffentlichung einer Bestimmung über die Ausweisung von Mitgliedern des Zentralkomitees der Partei beschlossen. Da nun in über einer Sitzung vom Zentralkomitee unter Hinziehung der Zentralkontrollkommission zu entscheiden. Das plötzliche Wiederauflösen des Streites um Trotski und die Möglichkeit seines Ausschlusses aus der Partei schaffen vom kommunistischen Standpunkt aus zweifellos eine Lage, über deren Ernst die Partei sich klar ist. Nur ist es doch selbst in dem verlorenen Parteistreit auch aus Trotski's Sicht anzuerken, daß er seit Lenins Tode derjenige unter den Parteiführern ist, der am meisten Autorität unter den Massen der Partei genießt. Deshalb wurde damals die Ausführung mit Trotski als eine Frage über Leben und Tod der Partei“ bezeichnet. Die weiteren Folgen des neuen Konflikts sind noch nicht zu übersehen. Es ist jedenfalls dafür gesorgt worden, daß die wichtigsten Posten in der Partei von mehrheitsgewinnenden Personalitäten eingenommen werden. Die Einziehung der marxistischen Personalität Trotski's bei der großen Flut der Parteimitglieder verzerrt sich jedoch bisher nicht genugt zu haben.

Polnische Putschversuche in Oberschlesien.

Ein großer Hochverratsprozeß.

SPD. Breslau, 24. November. (Eig. Druckver.)

Vor dem vierten Strafgericht des Reichsgerichts begann am Montag der Hochverratsprozeß gegen den Exponenten Emil Wiczorek aus Byczkow (Bezirk Rybnik) in Oberschlesien. Es ist dies der erste einer großen Folge von Hochverratsprozessen gegen deutsche Reichsangehörige polnischer Nationalität, wobei sich nicht weniger als rund 80 Mitglieder des polnischen Insergentenverbandes zu verantworten haben werden. Wiczorek selbst war Führer des Insergentenverbandes im polnischen Teil von Oberschlesien. Zweck des Verbandes ist die Förderung der Loslösungsbemühungen Oberschlesiens von Deutschland. Die Anklage erhebt den Tatbestand des Hochverrats darin, daß der Angeklagte als Führer des Verbandes dessen Mitglieder bestimmte, reichsdeutsche Personen, die ihre Tätigkeit auf polnischem Gebiete ausüben, durch Druck aller Art zum Beitreten zu dieser deutschfeindlichen Organisation zu zwingen. W. war Expedient in einer politischen Firma und einer der eifrigsten Förderer der Loslösungsbemühungen von Deutschland. Er nahm auch an den polnischen Aufständen teil und galt als einer der größten Deutschenhasser. Am 15. April 1924 hatte er in Katowitz eine Versammlung des Insergentenverbandes einberufen und referierte dort über die Möglichkeiten eines Insergentenpußes gegen Deutschland und die dazu nötigen militärischen Maßnahmen. Auch die Loslösung Oberschlesiens von Deutschland wurde dabei eingehend erörtert. Dem Insergentenverband standen zu diesem Zwecke große Mittel zur Verfügung. Zwei Tage später gelang es der deutschen Polizei, W. bei einer Zollbehörde in Sosnowica zu verhaften und dem Landgericht Gleiwitz zu führen. Dort hieß er über seine Tätigkeit die widersprechenden Angaben gemacht und sie in Oppeln vor dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes wiederholte. Einige Wochen später wurden zwei Kässer aufgefangen, die von W. an einen anderen Führer des Verbandes gerichtet waren. In beiden Schreiben wurde den deutschen Behörden damit gedroht, daß im Falle der Verurteilung eines Insergentenführers sofort 20 Deutsche im polnischen Gebiet zur gleichen Strafe verurteilt würden. Außerdem wurden die härtesten Maßnahmen angekündigt, wenn die Verhafteten nicht freigegeben werden sollten. Beide Schreiben waren mit E. W. unterzeichnet. Der Angeklagte will aber trotzdem von ihnen nichts wissen und erklärt, daß sie durch Spitzel an die deutschen Behörden gelangt seien.

Als erster Zeuge bekundete ein Grubenarbeiter, daß im Frühjahr ein Aufstand der Polen bevorstand, die in Oberschlesien einzudringen wollten. Auf den Gruben sei von der Bewaffnung und Uniformierung der Insergenten gesprochen worden. Das Zeugenvorhör wurde am Dienstag fortgesetzt werden.

Deutschnationaler Kandidaten.

SPD. Mit der Wahrheit hat es die Rechte nie ernst genommen. Das gilt für die Volkspartei ebenso wie für die Deutschnationalen und die noch weiter rechts stehenden Parteigruppen. Dutzende sind die Beweise, die für unsere Behauptung angeführt werden können. Neuerdings liefert der bekannte Archivar des Auswärtigen Amtes, Dr. Friedr. Thimme, ein neues Beweisstück, das sich speziell auf die Charakterstärke führender deutschnationaler Persönlichkeiten bezieht und insbesondere den Admiral v. Tirpiz betrifft. Dieser Mann, der so oft im Wahlkampf bisher das Wort genommen hat, der Lüge geziert werden mußte, veröffentlichte bekanntlich vor wenigen Wochen den ersten Band seiner „Politischen Dokumente“. Es handelt sich hier lediglich um eine Zusammenstellung von Material, das er im Verlauf seiner Amtszeit gesammelt hat, ohne hierzu berechtigt gewesen zu sein. Thimme umschreibt diesen Verstoß wie folgt:

„Admiral v. Tirpiz ist auf keine Weise berechtigt gewesen, sich alle diese amtlichen Papiere persönlich zuzueignen und seinem Privatarchiv einzupreisen. Er ist ebenso wenig berechtigt gewesen, die ihm nicht gehörigen Papiere ohne formelle Erlaubnis der hente zuständigen Reichsbehörden, also des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums, zu veröffentlichen. Admiral v. Tirpiz weiß ganz genau, daß jeder Reichs- und Staatsbeamte verpflichtet war und ist, bei seinem Abgang aus dem Reichs- oder Staatsdienst alle amtlichen Papiere zurückzugeben. Gewisse Staatsmänner, wie der von Tirpiz so heftig angefeindete Reichslandrat v. Bethmann-Hollauff, haben in dieser Beziehung des Guten zu viel als zu wenig getan und bei ihrem Abgang sogar Papiere zurückgegeben, die unzweckmäßig privaten Charakter tragen.“

Es handelt sich also hier um nicht mehr und nicht weniger als um einen ausgesprochenen Betrug, den Thimme selbst als einen „großen öffentlichen Skandal“ bezeichnet, „wie ihn Deutschland überhaupt noch nicht gesehen hat“. Kein Wunder, wenn der Artikel schreibt in diesem Zusammenhang dann an das böse Wort von Kiderlen-Wächter

erinnert, der bekanntlich von Tirpiz in seinem Nachlaß sagt: „Ich halte Tirpiz für den größten L... den Berlins Flascher trägt“. Dieser Ausspruch ist eine treffende Ergänzung der Feststellung des bekannten freisinnigen Eugen Richter, der u. a. einmal im Reichstag von den Bösen sprach, die sich biegen, wenn Tirpiz zu reden beginnt.

Es ist also festzustellen, daß als deutschnationaler Kandidat zum Reichstag ein Mann präsentiert wird, der wider Recht und Gesetz gehandelt und sich eines Betruges schuldig gemacht hat, mit dem er heute schönes Geld verdient;

denn es steht fest, daß sich Tirpiz seine Veröffentlichungen von der Cotta'schen Verlagsbuchhandlung mehr als gut hat bezahlen lassen. Dabei ist es aber noch sehr zweifelhaft, daß er es über sich gebracht hat, auch seine Partei an dem Verdienst zu beteiligen; denn Idealismus besitzt Tirpiz ebensowenig wie Charakter. Gerade deshalb ist er aber reif für eine deutschationale Kandidatur.

In diesem Zusammenhang erscheint es angebracht, auch dem Landeswahlvorschlag der Deutschnationalen für die preußische Landtagswahl einige Worte zu widmen. Eines der unerlässlichsten Kapitel dieser Partei ist u. a. bekanntlich die ewige Feindseligkeit, daß sie Arbeitnehmerinteressen vertritt. Durch den Landeswahlvorschlag wird diese Behauptung als Lüge gestempelt. Arbeitnehmerinteressen können nur von Personen vertreten werden, die aus dem Arbeitnehmerstande hervorgegangen sind und nicht von Abgeordneten, die noch nie gelernt und erfahren haben, was Arbeit heißt. Der ganze Landeswahlvorschlag besteht aber nur aus solchen Persönlichkeiten. Man findet auf ihm nicht einen einzigen Arbeiter, hic und da einen gelben Verbandssekretär, sonst nur Rittergutsbesitzer, Fabrikbesitzer, Bankiers und Landesgerichtsdirektoren usw. und schließlich an 17. aussichtsloser Stelle Herr Dr. Marekki, der Gründer der „Nationalliberalen Vereinigung“, die inzwischen ihr Leben ausgehaut hat. Wie elend sie zugrunde gegangen ist, ergibt sich daraus, daß die Deutschnationalen dem kandidatenhungrigen Marekki nur die 17. Stelle anboten. Er aber war „charaktervoll“ genug, sich mit dieser selbst in Brennen aussichtslosen Kandidatur abzufinden, statt überhaupt zu verzichten.

Wirtschaftspolitische Wochenblätter.

Die vor einigen Tagen bekanntgewordenen Verschulden des Regierungsrats und Leiters der Freudenämtes im Berliner Polizeipräsidium Bartels, der, wie sein Gesinnungsgeiste, Polizeipräsident Gaul, wegen Unterschlagung im Berliner Fundbüro seit Wochen verhaftet, stets seine deutlich völkerliche Gesinnung betonte, bedeuten zunächst die Tragödie republikanischer Beamten: Die Judentheorie, die sie hassen, gegen die sie agitierten, schröpften sie auch, trotz Beamtenrechts! Bartels und Gaul waren in gutbezahlten Stellungen und handelten nicht aus Not. Die Tatsache, daß man Gaul und Bartels trotz ihrer Einstellung zur Republik mit der Verwaltung solcher selbstständigen Stellen betraute, gibt beiden Fällen politischen Charakter. Der Fall Bartels aber hängt direkt mit den großen wirtschaftspolitischen Streitfragen zusammen. Bartels ermöglicht einer internationalen Spekulationsverbrennerbande die Verhinderung von Heeresgerät (Pionierlager am Main). Die Angelegenheit wird interessanter, weil hier ein deutschösterreichischer Regierungsrat Leuten aus dem Osten die arische Hand bietet und weil, nach abgestempelter Rechtsdogma, Juden und Sozialdemokraten die Revolution nur gemacht haben, um Heeresgut verschlieben zu können. Die Sache wird aber ein Skandal, weil die preußische Staatsbank dem Russen Antikler für die Verhinderung gegen völlig unzulängliche Unterlagen einen Kredit von etwa 20 Goldmillionen einräumte, und zwar zu 15 Prozent und Jahr. Dieser Kredit fiel in eine Zeit, wo Kredit mehr wert war als barres Geld, und angeblich des außergewöhnlich niedrigen Zinssatzes kann man sagen, die Seehandlung, die während der Inflation neun Zehntel ihres Goldkapitals verlor, mache dem Devisenspekulant und Deflationsgewinner Antikler zum mindesten ein Geschenk von 20 Goldmillionen — weil er so freundlich war, Hesse zu verjüngen.

Dass jetzt endlich in der Preußischen Staatsbank ein Personen- und Systemwechsel eintreten muß, versteht sich von selbst. Von dieser Bank ging die Durchlöcherung der Kreditpolitik des Demokraten Dr. Schacht aus, durch die unsere Preise gedrückt und die Wirtschaft saniert werden sollte. Schon damals vertragten sich die mittleren und kleinen Landwirte, mit deren Geldnot der Abbau der durchaus richtigen Politik des Reichsbankpräsidenten begründet wurde, daß sie von den Krediten nichts hätten. Kein Wunder, wenn Leute wie Iwan Antikler allein 20 Millionen zu 15 Prozent geschenkt bekommen. Aber noch andere Stellen profitierten von der Kreditfreudigkeit der Seehandlung. Im Osten der Republik hat die „Evag“ (Reichslandbund, Ein- und Verkaufsgesellschaft A.-G. Berlin) unzählige Filialen eingerichtet. Auch die „Evag“ hat Kredit erhalten, um, wie der Agrarkreisführer von Wangenheim so über-

zeugend darzustellen weiß, Produzenten und Konsumenten und mittelbar zusammenzubringen. Das geschah, indem die „Evag“ für einen eventuellen Revolutionsfall, in einem überorganisierten Apparat, Offiziere, Beamte der Republik, einstellte. Die Seehandlung hat's ja dazu. Und weiter wurde das Geld der preußischen Staatsbank dazu beutzt, den Agraranten für ihre Produkte freiwillig Überpreise zu zahlen, um die Getreidepreise in die Höhe zu treiben. Die normale Steigerung der Getreidepreise, 40 bis 80 Mark pro Tonnen über Friedenspreis, erklärt sich erst aus dieser künstlichen Verengung der Nachfrage. Alles das geschah mit dem Geld der preußischen Staatsbank, die wiederum die Reichsbank schöppte, die ihre Kredite Reichsbankkredite „auf Umwegen“ waren.

Die Entspannung in der industriellen Krise, die durch die Kreditförderungspolitik vom 7. April 1924 gewährleistet war, wurde mittels jener Durchlöcherungstat wie im Falle Antikler und der „Evag“ jobotiert. Diese Entwicklung hat unserer Wirtschaft Milliarden gekostet. Erst jetzt wird die weitere Defensibilität die Mähnung Schachts, die Kreditgewährung zu zentralisieren, richtig verstehen. Die Durchführung dieser Forderung wird angeschlosst des Bartels-Antikler-Skandals zur Notwendigkeit, und notwendig werden alle Maßnahmen, ein weiteres Panama zu verhindern. Das Agrarium plant z. B. im Anschluß an die Liquidation der Reichsbank die Errichtung eines Agrarkreditinstituts, womöglich mit Hilfe des Art. 48. Damit würde der Reichslandbund einer der größten Kreditgeber der Welt. Wir haben uns bis jetzt gegen die Blaue gewandt, weil wir in ihnen ganz sachlich eine weitere die Produktion steuernde Überorganisation erblickten. Nach dem Skandal durch die „Evag“ ist ein Agrarkreditinstitut aber nichts anderes als das dritte Glied in der Getreidepreissteigerungskette See-handlung-„Evag“.

Die Sozialdemokratie fordert, daß der seit langem fertiggestellte Entwurf des Agrarkreditinstituts kommentarlos in den Papierkorb wandert. Wir haben das Spiel der Wangenheim und Antikler fett. Wir wollen normalen Getreidepreise, die produzenten und Konsumenten leben lassen. Wir wollen die Unabhängigkeit von den schwankenden Spekulationspreisen der ausländischen Börsen, die doch nur Leuten vom Schlag Iwan Antikler mit ihrem völkischen Bartels-Mahlzug zugute kommen. Deshalb geht dieser Wahlkampf gegen das deutschmonarchistische Agrariatum, das tatsächlich durch seine Organisation mehr die Getreidepreise getrieben hat als die großspekulativen amerikanischen „corners“, durch die sich der deutsche Brotwucherer so gern entschuldigt. Genau vor einem Jahre begann das Spiel der systematischen Brotpreiserhöhung, zuerst versteckt, dann, im Zeichen der bürgerlichen Regierung und der Ministerschaft des Grafen Kanitz, offen und unverhüllt.

*
Die Wähler in Deutschland an dieser Entwicklung so ganz unschuldig sind? Der Skandal Bartels-Antikler-Evag-Seehandlung ist der Skandal einer Bürokratie, groß geworden in der berüchtigten Havelseitischen Atmosphäre. Staatsmittel zur Auspowerung der Massen an Interessengruppen zu verschaffen. Es ist daher ein Skandal für die Republik, die solche Machtinstrumente in ihr feindlichen Händen puldet, d. h. dulden mußte, weil der Rechts- oder kommunistische Wähler die Reaktion am 4. Mai, dem letzten Wahltag, so starkte, daß sie ihre Machtpositionen mit Erfolg verteidigen konnte.

Die Preußische Staatsbank teilt zum Fall Bartels-Antikler mit, daß wohl zwischen ihr und dem Bankhaus E. v. Stein, aber nicht zwischen ihr und dem befannen Spezialisten Antikler Geschäftszusammenhänge bestanden. Dem Bankhaus E. v. Stein habe man einen Lombardkredit eingeräumt, wofür das belastete Pionierlager bei Hanau als Zusatzdeckung zu den lombardierte Werten heringenommen wurde. Der Wert des Lagers wurde mit 4,2 Millionen Mark angenommen.

Die Staatsbank vergibt hinzu, daß Antikler Generaldirektor und Besitzer des Bankhauses E. v. Stein ist. Im übrigen verlohnzt es sich, darauf hinzuweisen, daß durch die Preußische Staatsbank in einer Zeit, wo man gutfundierten Geldinstituten die Lombardierung verweigerte, anderen, die später verloren und flüchteten, große Kredite einräumte und das Konto überziehen ließ. Diese Tatsachen sind so auffällig, daß nur eine eingehende Untersuchung die Verhinderung der öffentlichen Meinung herbeiführen dürfte. Eine besondere Erörterung verdient noch das Hanauer Pionierlager. Die Preußische Staatsbank sagt, daß es von ihr mit 4,2 Millionen als Zusatzdeckung eingelegt worden ist. Wenn wir nicht irren, ist das Objekt früher für eine viel geringere Summe vom Staat auf Private übergegangen. Es ist also mit einem Objekt solange gehoben worden, bis es der Staatsbank bezw. dem Staat für fast die doppelte Summe angehängt wurde.

Berantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz. Für Freistaat Lübeck und Geislingen: Hermann Banet. Für Jüterbog: Carl Quitschardt. Verleger: Carl Quitschardt & Dr. Friedr. Merner & Co. Sammler in Lübeck

Die Steinfeldbauern

Roman von Valentin Traut

19. Fortsetzung.

Aber da kam ein anderer von oben an der Tür vorbei. Sie ließen ihn an. Er warf einen auf den Hof.

Ein Pfiff!

Und nun kam's die Treppe herab. Von allen Seiten hagelte es Hiebe. Stuhlleine, Fäuste, Gläser. Drunter und darüber gingen es. Die Mädchen schrien. Aber die Bischöfe waren weg und die Brachdorfer schlügen wie auf Stammholz.

Im Hundurdrechen war das Wirtshaus geräumt.

Die Steinfelder lochten vor Wut.

Doch, was nun?

Dieser verfluchte Felshofer, und dieser Mauerwillem! Und der Wirt war auch nicht mehr ganz sauber.

Sollte das das Ende der Kirmes sein?

Die Brachdorfer standen immer noch in der Tür.

Zwischen war der Bürgermeister gerufen worden.

„So'n Unsin! Der Wachtmeister kommt noch ganz sicher!“

„S' kommt keiner 'rei, der net verprüfft, Ruh zu habt!“

„Mer verspreche nichts!“

„Dann locht's bleib!“

Der Bürgermeister gab den Holzhäusern gute Worte.

„Hier hat uns an griffe. Eist's Verspreche!“

Und der Wirt legte sich ins Mittel und auch die Muskarinen.

Da ward Friede geschlossen, und niemand wagte sich an den Verlust, als er mit der Andacht wieder und wieder tanzte und endlich mit ihr Arm in Arm die Dorfstraße hinabging ins Dunkel der Nacht hinein.

Die Steinfelder blieben ruhig. Aber es lag etwas fest und versteckt in ihnen und wunderte und bohrte. Nur beim Tanz und im Gelang schwieg es und entschied.

*

Ein grelles Licht leuchtete in den Nebel des Steinfeldes. Es kam aus einem Fenster der Häuschen, die dem Mauerwillem gehörten, dranran am Bachhaus.

Die Kathrine lag in schwerer Not.

Vor dem Bett saß ihr Bruder und hielt ihre schwache Hand

gedankenlos in seiner Rechten.

Als die Bischöfe nach dem Abendessen wieder zur Musik gegangen waren, hatte man ihn gerufen. Er müsse unbedingt zur Schwester kommen, sie weine wieder so hart nach ihm. Am Nachmittag hatte er schon bei ihr gekennen, das sie eingeklaut waren.

Jetzt war sie merkwürdig verändert. Ihre Augen glänzten, ihre blutleeren Lippen zuckten, und ein unaufhörliches Schlucken erschwerte ihr das Atmen.

„Lorenz, was ist das vor Musik?“

„Kirmes.“

Sie starzte ihn an und hob den Kopf mit spannendem Blick. Gleich daraus sank sie zurück.

„Quellsmoer.“

Obgleich sie kaum die Lippen geöffnet hatte, war das Wort von dem Bruder verstanden worden. Er sah die Schwester an und verfolgte das Suchen ihrer Augen und die Angst, die sich über ihr Antiklir breitete.

„Schaf schön, Schwester. Oder soll ich d'r was reiche?“

Sie warf den Kopf auf die Seite.

„Sa hockte er denn wieder stumm vor ihrem Bett und starrte vor sich hin. Gedanke um Gedanke entfiel ihm. Es wurde leer in seinem Innern. Nun durfte das Schlimmste kommen; er hätte sich nicht regen können.

Langsam ging die Zeit. Tick um Tick sagte die Uhr, und in unruhigen Hüpfen trank das Flämmchen der Lampe das Öl auf. Schlag um Schlag bewegte die müden Herzen.

Auf der Kleine in der Wiege regte sich nicht.

Es war eine mürgende Stille.

Die Kranke warf sich wieder herum.

„Lorenz, ich möcht heim nach Haßbach.“

Er schaute empört.

„Mann d' gefund bist.“

„Gele ja? Un d' gehst mit.“

Siedend stieg ihm das Blut zum Herzen.

„Gewiß, Kathrin.“

„Ich hab' zu Durst.“

Der Bruder reichte ihr ein Glas voll Wasser. In gierigen Zügen trank sie es leer.

„Noch mehr! Mehr, mehr!“

Er schenkte ihr ein, soviel sie wünschte.

„Jetzt, jetzt möcht ich heim.“

Und sie stützte sich auf die Bettstelle, richtete sich hoch auf und sah ihn mit flackernden Augen an.

„Bleib mir hübsch ruhig.“

Er bettete sie sanft in die Kissen zurück.

„Das halb net aus. — Lorenz ich will heim.“

Patientmatratzen
Auslagematten
werden in jed. Größe
angefertigt (12878)
Auslagen
von 9.50 M an
Gebrüder Hefti,
Unterstraße 111/112
1. Stock, kein Laden
2. Hs. v. d. Holstenstr.
Welt, Sve., Gesch.

In der goldenen 13
Repara-
toren Pelz Aende-
rungen
Schwartz, Ober Wahnstr.
Kein Laden, 1. Etage 13

Felle
und Haare
kaufst höchstzahlig
J. L. Würzburg
Wahnstr. 22 a N. 758.
Annahme von Fellen
zum Gerben (12855)

Möllers billige
Puppen-
Künste (12860) Wahnstr. 51.

Gehr. Möbel und Bettler
reg. Art. Große Auswahl
(12868) Fleischhauerstr. 87.

Rauditzug
preiswert und gut
C. Wittfoot
Ob. Hüxstr. 12

B ettnässen
Betr. soi. Alter u.
Geschlecht angeb.
Auskunftsmonson

Institut Englbrech
München B 63. Maistr. 10

Möllers Stoßquelle für Kinder
Stilige Objekte 83-85
Stilige Objekte 80 Pfg.
Gebogene Güter 60 " "
Stiliges Kinderspielzeug 60 "
Stiliges Gehäcktes 50 "
Gebogene Kleidung 1.00 DM

Felle
taut Isaac Frankenthal
gedruckt Bedarfsgrube 58 Tel. 8641
Fordern Sie meine Briefkette!
Haare

Zu verkaufen eine jg.
Möbelserie. (12854)
G. Drenckhahn, Genua.

3. versch. f. n. ed. Würmle
Pelztrag. Mantel
u. jd. Rö. Lg. Reihe 10. L.
(12855)

Zu verkauf. Puppenküche
u. Stube m. Möbeln u.
8 Hähner. Lg. Reihe 10. L.
(12855)

Ein guter Kindergarten
(Sitz) durch zu vord.
Hardenburg. Gegebergstr.
Straße 44, T. (12855)

Zigarren
eigenes Fabrikat
nur gute Tabake
C. Wittfoot
Obere Hüxstrasse 18

Jugend- und
Volkbücher
aus d. neuer angelebener
Schriftsteller
Preis pro Heft 20 und
40 Pf. geb. 75-14.
Dienstag
Lübecker Volksblätter
Johanniskirche 45



In Dosen überall erhältlich. HERSTELLER: URBAN & LEMM, CHARLOTTENBURG.

Vertreter Johs. Dunkelmann, Lübeck, Hansastrasse 23 Telephon 3256

(12841)

Der Ausverkauf

dauert unverändert fort

Auf Ausverkaufware

30% Rabatt

Versäumen Sie nicht diese günstige Gelegenheit!

Kaufhaus des Ostens

Fr. Wehrendt

(12878)

Untere Hüxstraße 110

Fund Sachen

Auf der Ausstellung verlorene Sachen können
in unserer Manufakturwaren-Abgabestelle, König-
straße, abgesondert werden

Konsumverein für Lübeck und Um-
gegend e. G. m. b. H.

Kennst du den Wald?

Lerne ihn kennen,
erde ihn lieben!

Lies

CURT GROTEWITZ
Unser Wald

Mit vielen Bildern
in Ganzleinen 5.80

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

An alle Hals- und Lungenleidende!

Hören Sie das Urteil Ihrer Leidensgefährten:

„Meinen aufrichtigen Dank aussprechend, kann ich den Nymphosan-Sirup allen Lungenkranken empfehlen. Ich leide seit 5 Jahren an offener Lungen-Tuberkulose und hatte schon alle Hoffnung an eine Besserung aufgegeben. Nach dem Verbrauch von 3 Flaschen Ihres Lungensalsams fühle ich mich bedeutend erleichtert. Der krampfartige Husten sowie Nachschweiß ist bereits verschwunden, der stärkende Schlaf hat sich wieder eingestellt und der Appetit hebt sich auch langsam. Ich kann Ihnen Balsam jedem mit dieser tückischen Krankheit betroffenen Mitmenschen nur bestens empfehlen.“ H. K. in P. So ähnlich lauten die fast täglich bei uns eingehenden Dankschreiben.

Bestand: Bals. Myr. cps. 30%, Na br. 2%, Malt. 24%, Sacch. 16% emuls. Preis Mk. 3.—

Zu haben in den Apotheken. Wo nicht, wende man sich an die Alleinhersteller: Nymphosan A.G. München 38. F. 22. (12881)

Nach erfolgtem Erweiterungsbau sind wir nun mehr
in der angenehmen Lage

ab 8 Uhr morgens

frische Kundfüde

wieder in allen Filialen unserer weiten Kundenschaft
liefern zu können

ab 10 Uhr vorm.

frische
Mohnbrötchen und 4 Stück
Butterfranzbrötchen 10 Pfsg.
von ganz hervorragendem Wohlgeschmaß!

Dampfbäckerei „Hansa“

J. C. D. Junge & Co.

(12860)

An alle Genossenschaften!

Alle Spargroschen gebe Deinem Konsumverein

Sicherste Kapitalanlage

Gute Verzinsung

Bequeme Einzahlung und Auszahlung
durch die Abgabestellen in allen Stadtteilen während
der ganzen Geschäftszeit bis 6 Uhr abends

Unterstützt Euren Konsumverein
auf allen Gebieten (12848)

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

VERLOBUNGSRIN
938
750
ge
Uh
Goldware
Silberware
Württembergische u.
Wein- u. Silber- Best
empfiehlt
Willi Westfehl
Uhren- u. Goldwaren- Rep.- Werk
32 Holstenstr.

Baute 100 Mark
wenn „Kampolda“ ni

Läuse
jeder Art (Brut)
1 Min. vertilgt. (12849)

Wanzen
nur „Kampolda“ (B
Drog. Beidergrube 1
Uhren-Hübner, 5hmeilen
Eig. Reparaturwerkst
12884

Mittwoch, 26. November 1924

Nummer 277

Beilage

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 26. November.

Die Kanaille.

„Franz heißt die Kanaille!“ — Wer kennt das Schillerwort von den Räubern nicht! Lang, lang ist's her, aber die Kanaille lebt immer noch, wenn sie auch nicht immer Franz heißt.

Gerade im politischen Leben taucht sie jetzt dann auf, wenn es am heftigsten hergeht. Der Wahlkampf tobts, da ist auch die Kanaille nicht fern. Sie muss dabei sein, überall mitmachen.

Man spürt sie hier, man spürt sie da. Im Blättermald rauscht sie, am Stammtische des Spießbürgers zischt sie. Sie munkelt beim Kaffeekränzchen „ehrhafter“ Tanten. Sie zieht in der Wahlversammlung.

Aber sie gehört zu den Nachttieren. Das helle Licht schent sie, weil es sie blendet. Verleumdung ist ihre Waffe. Und dieses Gift trüffelt sie heimlich in das Ohr der Menschen. Es wirkt oft nur langsam, zuweilen schneller. Hier und da sidert es durch gegen den Sozialismus, gegen die SPD., gegen einzelne Führer der Partei.

Man fürchtet uns. Man erkennt die Gefahr, die in unserer Erstarkung liegt. Man ahnt die Abrechnung und schent sie. Das hämmische Spiel in der äußeren und inneren Politik der letzten Jahre ist zu offenkundig. Unvergessen sind noch die Richtlinien der SPD. für die Politik in der großen Koalition. Immer trat unsere Partei für den Weg der Verständigung ein. Damals spottete die Deutsche Volkspartei über unsere Pläne, wetterten die Deutschnationalen gegen unsere Vorschläge.

Und im Sommer dieses Jahres nahm man sie auf und freute sich, sie als eigene Erfolge dem deutschen Volke vorzeigen zu können. Es war das erbärmlichste politische Possenspiel, das je dagewesen ist. Jetzt aber macht man die Massen vor uns bangen und nennt uns heimlich wieder „vaterlandslose Gesellen“.

Reist der Kanaille die Farbe vom Gesicht. Zeigt ihr am 7. Dezember die Meinung der Mehrheit des deutschen Volkes!

P.

Die Stimme der Jugend erscheint Donnerstag.

Schrecklicher Unglücksfall auf dem Hochöfenwerk. Die Industrie fordert so manches Opfer, von dem man kaum Kenntnis erlangt. Die Unternehmer haben ein großes Interesse daran, zu verheimlichen, wie groß das Risiko an Leib und Leben ist, dem die Arbeiter in ihren Betrieben ausgesetzt sind. Ein Unglücksfall ganz grauenhaftster Art ereignete sich am Dienstag auf dem Hochöfenwerk. Dort starzte der Arbeiter Josef Pölken, der als Gießer tätig ist, in den Schmelzofen. Der Unfall wurde nicht gleich bemerkt, so dass noch einige Loren Kohlen über den Bedauernswerten geschüttet wurden. An eine Rettung des Unglücklichen war nicht mehr zu denken, sein Körper wurde gewiss sofort von den Flammen ausgezehrt. Der Verunglückte war erst seit einem Vierteljahr verheiratet.

Eine kommunistische Versammlung findet morgen, Donnerstagabend, im Gewerkschaftshaus statt.

Die Zahl der Beamten und Angestellten in Lübeck. Stand am 1. 6. 14., 1. 10. 23 und 1. 7. 24.

1. Beamte

am 1. 6. 1914 am 1. 10. 1923 am 1. 7. 1924

	20	87½	35½
Senat u. Bürgerschaft.			
Reichs- u. auswärtige Angelegenheiten . . .	—	3	2
Justiz	101	196	120
Finanz u. Steuerwesen	22	39	37
Bauwesen	68	93	85
Polizei	220	273	264
Gefängnisse	18	32	30
Feuerlöschwesen	83	103	103
Stadt- u. Landamt. Arbeitsehördde. Wohlfahrtsamt u. Jugendamt	15	77	72
Betriebsanstalten	40	64	61
Badewesen	2	8	8
Besitztungswesen	7	8	8
Unterrichtswesen	610	803½	728½
Kunst, Wissenschaft und gem. Zwecke	2	3	3
Heilanstalten	13	26	21
Deffentl. Wohltätigkeit	8	18	18
	1229	1724	1596

2. Angestellte

am 1. 6. 1914 am 1. 10. 1923 am 1. 7. 1924

	20	11½	8½
Senat u. Bürgerschaft.			
Reichs- u. auswärtige Angelegenheiten . . .	—	2	2
Justiz	60	46	34
Finanz u. Steuerwesen	15	45	38
Bauwesen	60	49	43
Polizei	45	35	29
Gefängnisse	14	25	24
Stadt- u. Landamt. Arbeitsehördde. Wohlfahrtsamt u. Jugendamt	36	168	119
Betriebsanstalten	65	58	56
Badewesen	7	2	3
Besitztungswesen	4	6	5
Unterrichtswesen	172	123	121
Kunst, Wissenschaft und gem. Zwecke	15	41	37
Heilanstalten	17	12½	14½
Deffentl. Wohltätigkeit	14	25	20
	546	651	556

Auf Grund der Personal-Abbau-Verordnung sind ausgeschieden, in dauernden oder einstweiligen Ruhestand versetzt worden: Senatsamt 7 Beamte resp. Angestellte, Staatsarchiv 1, Landgericht 4, Amtsgericht 12, Staatsanwaltschaft 2, Gerichtsvollziehungsamt und Gerichtsfasse 2, Katasteramt 1, Gerichtshausverwaltung 1, Finanzbehörde 8, Baubehörde 6, Polizeiamt 11, Gefängniswesen 5, Stadt- und Landamt 2, Statistisches Landesamt 4, Arbeitsbehörde und Wohlfahrtsamt 11, Jugendamt 6, Oberförsterei 85 (Vernichtung 5, Lehrpersonal 86, darunter 61 Volksschullehrer), Stadtbibliothek 2, Armenbehörde 2. Insgesamt 172. Nach den Aufgaben der Behörden hat sich der Gesamtbestand an Personal (Beamten und Angestellten) in der Zeit vom 1. Oktober 1923 bis zum 1. Juli 1924 um 223 verringert.

Der Unterschied zwischen diesen tatsächlichen und dem auf Grund der VWB bewirkten Abgang beruht auf der Entlassung einer großen Anzahl vorübergehend beschäftigter Angestellter bei der Arbeitsbehörde und dem Wohlfahrtsamt, auf Sterbefällen, Pensionierungen infolge Dienstunfähigkeit und auf freiwilligem Ausscheiden von Angestellten.

Ausschuss für Arbeitserwohlshaft.

Vergebst die Nähschub nicht! Getragene Kleidungsstücke, Wäsche, Stiefel, Spielsachen werden aufgearbeitet und zu Weihnachten an die bedürftigsten Kinder und Alten verschickt. Helft uns, den Notleidenden eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Wir bitten, alle entbehlidlichen Sachen in der Nähschub, Schildstraße 10 L, abzuliefern. Geöffnet von 5-7 Uhr.

Der Vorstand. J. A.: H. Wolfradt.

Bürgerschaftsvorlagen.

Für die Instandsetzung der Räume der früheren Einbindungsanstalt des Allgemeinen Krankenhauses werden von der Bürgerschaft 9800 Mark gefordert.

Für außerordentliche Instandsetzungsarbeiten am Städtischen Kurhaus in Travemünde werden 11750 Mark gefordert.

Die Vorbereitungszeit der Referendare, die bisher 3½ Jahre dauerte, soll nach einem Senatsantrag wie in Preußen, Hamburg und Bremen auf 3 Jahre herabgesetzt werden. Begründet wird diese Vorlage u. a. mit der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Referendare.

Das Finanzamt als Mittelstandstreiter.

Gemeinnützigkeit ist schädlich — sagt das Finanzamt.

Die Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft hatte beim Finanzamt die Anerkennung der Gemeinnützigkeit beantragt. Sie konnte das mit gutem Gewissen tun, weil sie nicht nur preisregulierend wirkt, sondern auch jeglichen Überdruck dem Wohlfahrtsamt zu wohltätigen Zwecken überreicht. Bei einer allenfallsartigen Auflösung der Gesellschaft kann sich kein Gesellschafter bereichern, sondern der Überschuss kommt fachungsgemäß gemeinnützigen Instituten zugute.

Auf diesen Antrag hin erhielt die Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft ein Schreiben des Finanzamtes, in dem es heißt:

Wenn eine Gesellschaft, wie es hier die „Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft m. b. H.“ tut, in die Verhältnisse des Bestattungswesens eingreift mit dem Zweck, einen Preisdruck auf das freie Gewerbe auszuüben, so wird sie damit, falls sie ihrem Aufbau noch dazu imstande ist, und diesen Zweck erreicht, allerdings minderbermittelten Kreisen die Bestattung zu billigen Preisen ermöglichen können und minderstens vorübergehend gemeinnützigen Zwecken dienen. Die Gesellschaft hindert aber durch dieses Geschäftsgeschehen die freie Entwicklung der übrigen Bestattungsgeschäfte am Platze und wirkt somit zugleich schädigend, ja vielleicht vernichtend auf die in Frage kommenden Erwerbsstände, die ohne einen angemessenen Verdienst nicht existieren können. Das Geschäftsgeschehen der Einsprechenden kann daher als „ausköstlich“ gemeinnützig nicht angesehen werden. J. A. gez. von Duhm.

Diesem klassischen Schriftstück ist sehr wenig hinzufügen. Es spricht für sich selbst. Aber vorkommen kann dieser einzigartige Fall nur beim Finanzamt Lübeck, das sich als Steuerbehörde zum

Sachverwalter der Privatwirtschaft hergibt. Höher geht es gewiss nicht mehr. Der Bevölkerung dürfte bei der großen Teuerung, über die sich außer dem Finanzamt die ganze Welt aufregt, eine Preisentlastung gewiss willkommen sein, und der soll uns erst noch gezeigt werden, der sich darüber beschwert. Daß das Finanzamt im gemeinnützigen Bestreben eine Geschäftsschädigung erlebt, ist um so unerträglicher, als erst vorige Woche die große Ausstellung für Vollernährung und Gemeinwirtschaft die volkswirtschaftlich hochwichtige Bedeutung der Gemeinwirtschaft jedem Willensähnlichen vor dem Finanzamt als Schützling der privaten Wirtschaft einnimmt, eine Sache schützen, die es nichts entgeht und ein Urteil über eine Sache abgeben, von der es nichts versteht. Gegen derartig einseitige Methoden muß schärfster Einpruch erhoben werden.

Die neuen Banknoten.

Die neuen Banknoten, die uns zum erstenmal wieder eine richtige Goldwährung bringen sollen, zeigen in ihren höheren Werten zu 10 Mark bis 1000 Mark lautet Bilder von Hans Holbein dem Jüngeren. Während man bei früheren Serien neben dem Großmeister Dürer auch andere altdutsche Maler berücksichtigt, hat man sich diesmal ganz auf Holbein beschränkt, den Sohn des Augsburger Malers Hans Holbein, der zuerst in der Schweiz, in Basel, und dann in England heimisch wurde. Für die Auswahl der Bilder, die alle Porträts sind, dürften wohl weder künstlerische Gründe maßgebend gewesen sein, sondern man wird gewiß diejenigen bevorzugt haben, die sich technisch am besten wiedergeben lassen, denn irgendwie ist es in diese kleine Holbein-Galerie nicht zu bringen; es sind wohl Arbeiten aus seiner früheren Zeit wie aus seinen Spättagen, männliche und weibliche Köpfe. Von dem Holbein-Merkstein grüßt uns das jetzt in Schloss Windsborbeck eine lebhafte Porträt des Kölner Kaufmanns Dietrich Born, der im Dienst der Hanse nach London ging und dort in den Jahren 1542 bis 1549 urkundlich nachweisbar ist. Der eindrucksvolle Kopf, der von Holbein auch auf einer Miniatur festgehalten wurde, ist nach der Zeitschrift im Jahre 1523 gemalt. Der Junghans-Merkstein ist mit dem weiblichen Bildnis des Haager Museums schmückt, in dem man nach der Lehrlingszeit mit anderen Bildern ein Porträt von Holbeins Frau vermutet, dessen Echtheit aber durchaus nicht über alle Zweifel erhaben ist. Auf dem Junghans-Merkstein begegnen wir einem wunderbaren Werk aus einer leichten Reisezeit, dem Bildnis eines jungen Mannes im Wiener Museum. Das Werk stammt aus dem Jahre 1543, und in dieselbe Zeit etwa ist das ebenfalls im Wiener Museum befindliche Bildnis einer englischen Dame zu sehen, das unseren neuen Hundertmarkstein zieren soll. Kurz nach der Schöpfung dieser in ihrer Eleganz und Größe unübertrefflichen Werke starb Holbein im besten Mannesalter, kaum 46 Jahre alt, wahrscheinlich an der Pest. Für den Tausendmark-Merkstein hat man sich das berühmteste Holbeinwerk der Dresdner Galerie ausgesucht, das ganz in frontalstellung gegebene Porträt des Morette, wohl aus dem Jahre 1534. Man hat in diesem Bilde zunächst die Darstellung des Goldschmiedes Hubert Morette gesehen; aber auf Grund einer Medaille, die ihn im selben Alter und ähnlicher Kleidung zeigt, ließ sich feststellen, daß es sich um eine viel höhere Persönlichkeit handelt, nämlich um Charles de Morette, der 1534 französischer Geheimer am englischen Hof war. — Die Bilder prägen sich am besten ein, wenn der rechte Zeiger in der Lage ist, recht viel von diesen Goldmarksteinen zu besitzen.

Aus dem Wahlkampf.

Deutschnationale und Volkspartei.

Graf Westarp im Kolossem.

Nach Grafen Westarp. In der Geläufigkeit des Mundwerks dem Goldbecker über, in der Demagogie gleich groß und in arroganter Annahme nur übertrroffen von dem verblümten Landesraten Schulmeister Düring. Ein königlich preußischer Beamter, Sozialistenfresser aus dem St. und vor allem ein Prediger des Hasses und Künders des Revanchismus. Damit ist so ziemlich der Untergrund der deutschnationalen Rude ges. Damit ist so ziemlich der Untergrund der deutschnationalen Rude ges. Geben wir noch einige Sätze zu. Der Herr Graf verlangt: Eintritt in die Regierung um jeden Preis, um sowohl der Fremdherrschaft wie dem Novemberverbrechen ein Ende zu machen und somit auch der Illusionspolitik der Sozialdemokratie auf Völkerverständigung und Völkervereinigung. Unter Stelle Erziehung der Jugend zum Fremdenhass, bis das deutsche Volk stark genug ist, die Franzosen niederzuwalzen. Sehr befürchtet ist Westarp um die Lasten des Dawesgutachtens für die arbeitende Bevölkerung, wogegen ihm die deutschen Schutzhölzer weniger Schmerzen verursachen. Eine Katastrophe bei Abschaffung des Gutachtens wäre ihm lieber gewesen. Aber der Landesraten Ebert wollte die Deutschnationals nicht in der Regierung haben, weil er — getrieben nach Grafen Westarp — missbrauchen will. Genau so wie beim Dawesgutachten ver sagt, um ihr Novemberverbrechen zu verdecken. Wenn er die Deutschnationals die Macht bejubeln, dann hört die sozialdemokratische Beamtenmäßwirtschaft auf, der Beamte bekommt wieder seine alte Rechtsstellung und dieses Gehalt. Wenn er dies noch nicht erhält, dann liegt es nur an der sozialdemokratischen Lohn- und Gehaltspolitik, die uns verarmt. Durch die Aufwertung erhält jeder wieder sein Guthaben zurück, sobald die von dem Juden Marx propagierten Ideen durch eine deutschationale Regierung ausgemerzt sind. Dann wird auch jeder Arbeiter wieder gleichberechtigter Bürger im Staat. Mit der sozialdemokratischen Säumwirtschaft im Reiche wird zugleich in Preußen aufgeräumt. Dann kommt noch das Verbot der Reichsbahnorganisation Schwarz-Rot-Gold an die Reihe. In deren Stelle tritt die Organisation Consul, die alte treue Kameradschaft zwischen Mann und Offizier wird wieder gepflogen, der Reichspräsident wird abgefeiert und auf dem Berliner Schloß flattert Schwarz-Weiß-Rot, während auf dem Thron der Kaiser sitzt und sein Volk sorgt. So träumt Graf Westarp mit vielen Träumen und Dran.

Der kleinere Teil der Versammlung stampfte vor Lust. Der größere Teil aber jubelte dem sozialdemokratischen Diskussionsredner.

Genosse Dr. Leber

zu, der das Sündenbuch der Deutschnationals und des Grafen Westarp aufschläppte. Genosse Leber hielt dem Grafen vor, daß jenseits der Bogenen genau solche Radegeschäfte am Platze sind, die wie Westarp und Konsorten seit Jahrzehnten die Völker gegeneinanderhetzen. Wohin diese Heze der französischen Konsorten und deutschen Königstruppen führen, davon habe ja die Welt einen schäflichen Beweis. Der Fall Rathaus ist nur möglich, weil auch auf französischer Seite so viele Westarps sitzen. Im umgekehrten Falle würde ein Urteil von Offizieren vom Schläge Westarps und v. Morgens kaum anders ausfallen. Und dann füllte

Genosse Leber den Herrn Grafen etwas an die Nieren. Er erinnerte ihn daran, daß eben Herr Westarp, der heute von Gleichberichtigung aller Deutschen rede, der Hauptbremser gewesen sei, als es galt, das preußische Dreiklangswahlrecht abzuwenden. Als 1917 einige Baderlandsfreunde die Regierung schworen, dem schwer ringenden Volk Freiheit zu geben, da sagten die Konservativen nein, hier in Preußen herrschen wir unter! Dann schilderte Genosse Leber die deutschnationalen Politik, die uns in den Krieg getrieben hat. Er zitierte Tirpitz, der in seinen Erinnerungen die Allgewalt Wilhelm II. offenlegt.

versprechen nicht einhalten könnten. Ihre Vertreter sagten, sie könnten nichts dafür, wenn sich ihre Partei nicht von den Wahlverpflichtungen herunter säße. Kaltreuth erklärte, die Auswertung der landwirtschaftlichen Hypothesen auf 15 Prozent sei schon zu viel. Wir Sozialdemokraten haben grundsätzliche Zwecke der Aufwertung. Mögen Landwirtschaft und Industrie Anträge stellen, wir stimmen zu. Das würde den Deutschen nationalen so passen, wenn wir dagegen stimmen. Hergt erklärte, sie dachten nicht daran, als 20–30 Prozent zu gehen. Den Entwurf einer Landgerichtsdirektors Voss haben die Deutschen nationalen im Aufwertungsausschuss selbst abgelehnt und nun vor der Wahl möchten sie mit der Aufwertung wieder Stimmen lassen. Ebenso geschehen werden die Deutschen nationalen vor der Wahl den Beamten. Die Freiheit, die diese Partei den Beamten zuerkennt, ist von früher her bekannt. Sozialdemokrat durfte nicht einmal ein Nachwüchter sein. Und die Gehaltsfrage regelten sie so, dass die Gruppe 18 monatlich 322 M. Zulage bekam, die Gruppe 1 dagegen 13 M. Über die Arbeiterschaft und Lücke einer Partei, die den Arbeitern das Koalitions- und Wahlrecht verweigerte, braucht kaum ein Wort gesagt zu werden. Zum Schluss ging Genosse Leber noch auf die Inflation unterstellt ein, die Kämpf der Sozialdemokratie in der Frage der Arbeitsgeschäftsrecht mache. Heute offiziell über die Kriegsschäden zu debattieren sei kindlos, weil beide Parteien behaupten würden, sie seien von jeder Schuld frei. Die Deutschen nationalen lügen hierbei nur die Leidenschaften auf zu peitschen. Auch Deutschland trage ein Teil der Schuld. Pointe hat bewusst ans Krieg hingearbeitet und Deutschlands damalige Regierung ist in ihrer Dummheit daran hineingeschlagen. Die unerhörten Angriffe Weitkamps auf den Reichspräsidenten Ebert wies Genosse Leber hart zurück und hob Eberts Verdienste um die Republik hervor.

Die Sozialdemokratie ist bereit, den Kampf gegen die Monarchienpartei und deren Demagogen aufzunehmen. Sie kämpft für Schwarz-Rot-Gold, für die Republik und wird deren Farben zum Sieg führen. (Städtischer Beifall.)

Nachdem Niedel noch eine halbe Stunde den Deutschen nationalen geholfen hatte, die Republik zu verteidigen, versuchte Weitkampf die Ausführungen des Genossen Dr. Leber zu entkräften. Es war aber nur ein sehr schwächer Versuch, denn Letzteren lassen sich auch von dem größten Volksfeind nicht hinwegreden. Die Versammlung wurde wohl durch manche Zwischenrufe gewützt, verließ aber sonst ohne jede Störung. Der berühmte Fischzug ist aber selbst dem Herrn Grafen nicht gelungen, demselben Grafen Weitkampf, der früher einmal bei den Jüden um Wahlgelder bettelte, heute aber engagierter Antikommunist ist.

*

Frau Dietmering in der Flora.

Obgleich die Deutsche Volkspartei zwei Redner angestellt hatte, war die Versammlung doch so häufig besucht, dass von einem Teilnehmer dem Vorsitzenden bei Eröffnung zugeworfen wurde, er solle die Versammlung lieber gleich wieder schließen. Auf je fünf Versammlungsteilnehmer entfiel ein Sipmann und 14 waren von diesen anwesend. Prof. Breinig behandelte die Beamtenfragen. Er sieht unbedingt auf dem Standpunkt des Betriebsbeamtenums und verneint das Streitrecht der Beamten. Sein etwa halbhandelter Vortrag ließ selbstverständlich darauf hinaus, dass nur die Deutsche Volkspartei diejenige Partei sei, die die Interessen der Beamten wünschsam vertritt.

Franz Dietmering sprach über nationale Politik. Sie singt das hohe Lied von ihrem Führer Stresemann Recht nahe Ansichten gab sie über die Deutschen nationalen zum besten. So meinte sie, die D.V. hätte jene überzeugt, dass die Annahme des Deutschen Gesetzes zum Wohl des Vaterlandes sei. Daher hätte die Hälfte der Deutschen nationalen dann für die Gesetze gestimmt. Demgegenüber stehen aber die Ausführungen des deutsherrlichen Brunn in den Zentralhallen, der selbst zugab, dass die Zustimmung erfolgt sei, um eine Reichstagsauflösung zu verhindern. Denn vor einer Auflösung hatten die Deutschen nationalen heilsame Angst. Also nur aus zeitlichem Parallelezismus gaben 48 Deutschen nationalen ihren Ja-Zettel ab. Des längeren möchte die Rednerin Ausführungen über religiöse Fragen, die wohl eher für einen evangelischen Gemeindeabend geeignet gewesen wären.

In der Diskussion zeichnete der Demokrat Bruck von dem Führer Stresemann ein anderes Bild. Der Kommunist Mundt zog ausschließlich, ebenso wie seine Freunde, gegen die Sozialdemokraten vom Seide, was in einer volksparteilichen Versammlung einen recht eigenartigen Einstand macht. Erstaunte sich den „geistreichen Witz“ vor der bürgerlichen Sozialdemokratie, kam vom hundertsten ins tausendste und zum Schluss zu dem Auspruch, die Verarbeitung der Arbeiterschaft könne nur das Werk des Weltproletariats der ganzen Welt sein.

Hieraus schließt

Genosse Hauf

das Wort. Er meinte zunächst, wenn der Beschluss der Versammlung symptomatisch für die Wahl am 7. Dezember sein sollte, dann wäre es um die Ausführungen der Deutschen Volkspartei schlecht bestellt. Dann wandte er sich den Ausführungen des Prof. Breinig zu und rechnete gründlich mit der von diesem so geprägten Beamtenfreundlichkeit der Deutschen Volkspartei ab. So hätten z. B. als Sozialdemokrat in der Bürgerschaft den Antrag auf Einstellung des Beamtenabbaus stellen, von den bürgerlichen Parteien nur die ausgebrochenen Beamtenvertreter für den Antrag gestimmt. Die Sozialdemokratie im Reichstag habe nicht nur defizitierte Gesetze beantragt, sondern verlangt, den Abstand einzuhalten, dieser Antrag wurde von der Deutschen

Aktion, Seelenfe!

Seelenfe können 10 Tage vor und 5 Tage nach der Wahl ihr Stimmrecht ausüben.

Wahllokal ist das statistische Landesamt, Mengstraße 4, 1. Stock.

Wahlzeit ab 27. November, vormittags von 10–12 Uhr. Jeder Seemann wählt die Liste 1 Sozialdemokratische Partei.

Kartei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein Südbad.

Am Sonntag, 28. November, um 14 Uhr, im

Landräthaus. Freitag, 26. November, abends 7 Uhr, im Kärtnerbüro. Die Jugendgesellschaften, die mit über Land gehen, haben zu erscheinen.

Stierbretafel des Sozialdemokratischen Vereins.

7. Dezember. Der Genosse Wilhelm Stier hat die verordnete Beerdigung freigesetzt.

21. Dezember. Begräbnisfeier.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Freitag, 26. November, 1926.

Gebetsergebnis vom 26. November 1926.

Stierbretafel. Heute abend 8 Uhr Versammlung im Vereins-

Volkspartei abgelehnt. Ferner habe die Sozialdemokratie gefordert, dass der 9-Stunden-Tag aufgehoben würde. Auch hiergegen war die Volkspartei mit der Begründung, das Ansehen des Betriebsbeamtenums würde herabgemindert. Der Erholungsurlaub sollte im Beamtengelehr festgelegt werden, auch das wurde von der D.V. abgelehnt. Der Antrag der Sozialdemokraten, die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich in eine Nachprüfung der Bezahlung der Reichsbeamten mit dem Ziel einer ausreichenden Beweisung der Gehälter der unteren und mittleren Gruppen einzutreten und dem Reichstag so schnell wie möglich einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen, wurde mit 14 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten Döhn, D.V., Bayr., Bp., Itz. und Dem. Das wären nur einige Beispiele, wie die Sozialdemokraten für die Beamten eingetreten sind. Nur an der Hand der Abstimmung könnten die Beamten sich ein Bild machen, wo ihre Rechte gewahrt würden. Die deutsche Volkspartei habe stets gegen alle Anträge gestimmt. Nunmehr wandte sich unser Redner den Ausführungen der Frau Dietmering zu, die behauptet hatte, die Sozialdemokraten hätten sich seinerzeit selbst aus der Negierung ausgeschaltet, als die Reichswehr in Sachsen und Thüringen einmarschierte. Nicht deswegen sind unser Genossen ausgeschieden, sondern weil ihrem Verlangen, auch gegen Bayern ebenso zu verfahren und das gleiche Recht anzuwenden, nicht entsprochen wurde. Da mussten sie die Konsequenzen ziehen. Dem von der Rednerin so geprägten großen Führer Stresemann zeigte er einmal in rechtem Lichte. Bei der müßigen Regierungsumbildung hätte er den Deutschen nationalen die Richtlinien vorgelegt, in denen u. a. auch die Anerkennung der Farben der Republik enthalten war. Gleichwohl hätte er aber den Wahlkampf mit der Parole Schwarz-weiß-rot eröffnet. Das sei Eiertanzerei. Die Zurechtstellung, die Genosse Haut dem kommunistischen Redner zuteil werden ließ, brachte denselben ganz aus den Häuschen. Wiederholte musste er vom Vorsitzenden aufgefordert werden, seine Störungen zu unterlassen. Dabei war er vom Gen. Hart mit seinem Wort unterbrochen worden, trotz seiner windschiefen Behauptungen gegen die Sozialdemokratie. Jedenfalls kann unser Redner in der kommunistischen Versammlung nach diesen Proben sich auf allerhand gefasst machen. Bittere Wahrheiten waren es aber auch, die unser Redner den Kommunisten nicht nur von Ruhland, sondern auch von ihren deutschen Gefährten genossen sagte.

Prof. Breinig brachte recht eigenartige Gründe für die Ablehnung der vom Gen. Hart angeführten Anträge vor, sie wären von seiner Partei abgelehnt, weil sie von anderen Parteien gestellt seien. Also, wenn ein Antrag noch so berechtigt ist, er wird abgelehnt, wenn er von den Sozialdemokraten gestellt ist.

Auf das Schlusswort der Frau Dietmering einzugehen, erklingt sich. Es war nur ein Gesang auf Schwarz-weiß-rot. Man wird sich nicht wundern, wenn sie zur nächsten Versammlung im schwarz-weiß-roten Kleid erscheint.

Einige Holsteinische Wörterbuch zu erscheinen. Wie im Hamburger „Quisiborn“ mitgeteilt wird, ist es aber nicht möglich, dieses ganze ungeheure Material sofort herauszubringen, sondern der Herausgeber, Professor Otto Wenning, hat sich entschlossen, zunächst eine Volksausgabe zu veranstalten, in der die Volksprache des Landes seit dem endgültigen Untergang der niedersächsischen Schriftsprache, also etwa seit 1700, dargestellt wird. Das Hauptgewicht liegt auf der heute lebenden Sprache seit 1840, die in möglicher Vollständigkeit behandelt wird. Dazu wird die Volkskunde, Sitte und Brauch überall da verarbeitet, wo sie sich an einzelne Wörter anschließen lässt. Durch die Verfestigung der Zeit seit 1700 werden zahlreiche, heute nicht mehr bekannte Wörter und Redensarten sowie untergegangene Bräuche der Vergangenheit entdeckt, und es ist zu hoffen, dass dieses vollständische Wörterbuch die Liebe zur angestammten Sprache und Heimat in weiten Kreisen festigt. Das Wörterbuch wird in vierteljährlichen Lieferungen zu mäßigen Preisen erscheinen, so dass auch die weniger Vermögenden es sich anschaffen können.

Vermischte Nachrichten.

Explosionsunglück in Bitumen. In dem 3 km von Kowno entfernten Werke Freida flog am Montag ein Lager unbrauchbar gewordener Minen unter einer durchdrehenden Detonation in die Luft. 7 Personen, darunter 5 Zivilisten, wurden getötet. Die Stelle, an der die Explosion stattfand, bietet einen schrecklichen Anblick. Das große Fabrikgebäude besteht nur noch aus Trümmern. Die Dächer der Häuser in der Umgebung sind abgedeckt und die Mauern eingestürzt. In einer Umgebung von mehreren hundert Metern sind die Felder mit Balken, Brettern und anderen Trümmern bedeckt. Unter den Trümmern wurden nur ein getöteter Soldat und ein Arbeiter gefunden. Von den anderen waren nur noch wenige Körperteile übrig.

Eine neue Alpenstraße. Österreich wird eine neue Alpenstraße bauen, die das Glocknergebiet durchziehen wird und infolge ihrer direkten Nord-Südrichtung für Österreich selbst die kürzeste Verbindung zwischen Tirol und Steiermark, für den internationalen Kraftwagenverkehr die kürzeste Route zwischen Österreich und dem Adriatischen Meer bringen wird. Die Straße wird von Bruck am Zeller See (Bahnlinie Wölz-Salzburg) dem Fahrweg im Tal der Fischbachmühle aufwärts folgen bis Ferleiten am Fuß des Wiesbachjoches, dann über das Fischbachjoch und die Heiligenbluter Tauren (wo der höchste Punkt mit 2500 Metern erreicht wird) in das Mühltal nach Heiligenblut hinabführen. Die neue Straße wird 27 Kilometer lang werden. Die Straße wird fünf Monate lang im Jahr für Automobile fahrbare sein. Auch touristisch bedeutet sie sehr viel, da sie nahe am Strand des Glocknergebietes vorbeiführt. Diese Glocknerstraße wird nach der Stilfserjochstraße die höchste Alpenstraße Europas werden. Mit dem Bau wird im nächsten Frühjahr begonnen werden. Im Sommer 1927 wird sie dem Verkehr übergeben werden.

Zeichnet für den Wahlfonds!

Sport.

Achtung, Schiedsrichter! Am Donnerstag, dem 27. November, abends 8 Uhr: Sitzung im Arbeiter-Sportheim Hundestr. Schiedsrichter-Ausschuss: 1/8 Uhr. P. Grimm, Obmann.

Sämtliche Spielleute vom 6. Bezirk, 3. Kreis, müssen am Sonntag, 28. November, zur Bezirks-Übungskunde im Sportheim erscheinen. Anschließend Bezirksfestsitzung. Anfang 2 Uhr. W.P.

F. S. B. Mitglieder! Das Turnen beginnt am Freitag, 28. 11. 24. abends 7 1/2 Uhr, in der Turnhalle der 2. St. Lorenzschule (Brooksstr.). Um rege Teilnahme wird ersucht.

F. S. B. 1. Mannschaft. Versammlung am Donnerstag, 27. 11. 24, abends 8 Uhr, im Klublokal.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte.

Die Depression über dem Ozean scheint ihren Weg südwärts nach Frankreich nehmen zu wollen, während über Skandinavien ein Hochdruckgebiet zur Ausbildung zu kommen scheint. Hierdurch werden sich die Luftdruckgegenstände weiter verschärfen, sodass mit Anstreichen der Winde an der ganzen Küste zu rechnen ist.

Wetterlage für den 26. und 27. November 1924.

Heiteres, nur stellenweise durch Dunst oder Nebel etwas geblähte Wetter, im allgemeinen trocken. Temperaturabnahme, übermorgen schon Nachtrost.

Schiffsnachrichten.

Angekommene Schiffe.

25. November 1924.

Deutsch. Geeschlepp Karl Biehn, Kapt. Bröcker, von Fozö, im Schlepp mit Geeschlepper Wilma Biehn, Wilhelmine Biehn, Hinrich Biehn, Kalkstein, 1 Tg. Deutsch. D. Sedina, Kapt. Bröckmann, von Abo, Holz, 3 Tg. Finn. D. Finnland, Kapt. Holmberg, von Abo, Holz, 3 Tg. Finn. D. Regier, Kapt. Holmberg, von Helsingfors, 8 Pass. Stückgut, 8 1/2 Tage.

26. November 1924.

Deutsch. Motorsch. Helene, Kapt. Mews, von Wismar, Getreide, 6 Std. Deutsch. D. Helgoland, Kapt. Bröckmann, von Karkus, leb. Vieh, 34 Std. Schwed. D. Ulbeck, Kapt. Lundin, von Gothenburg, 3 Pass., 3 Tg. Deutsch. D. Rhea, Kapt. Bröckmann, von Rotterdam, 2 1/2 Tag.

Abgegangene Schiffe.

25. November 1924.

Deutsch. D. Ostsee, Kapt. Eigert, nach Kursilien, leer. Schwed. S. Dagn, Kapt. Olson, nach Vorsgrund, Lad. Deutsch. Motor. Paul, Kapt. Schröder, nach Neustadt, Stückg. Deutsch. D. Billerud, Kapt. Liebert, Chorkalk. Schwed. D. Nisan, Kapt. Carlsson, nach Gothenburg, Stückg. Schwed. S. Charl, Kapt. Nilsson, nach Växle, Sal. Norw. D. Sandholm, Kapt. Skillingsta, nach Hangesund, Ladung.

Abgegangene Schiffe.

25. November 1924.

Deutsch. D. Ostsee, Kapt. Eigert, nach Kursilien, leer. Schwed. S. Dagn, Kapt. Olson, nach Vorsgrund, Lad. Deutsch. Motor. Paul, Kapt. Schröder, nach Neustadt, Stückg. Deutsch. D. Billerud, Kapt. Liebert, Chorkalk. Schwed. D. Nisan, Kapt. Carlsson, nach Gothenburg, Stückg. Schwed. S. Charl, Kapt. Nilsson, nach Växle, Sal. Norw. D. Sandholm, Kapt. Skillingsta, nach Hangesund, Ladung.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 25. November. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Die Marktlage hat sich gegen gestern durchaus nicht geändert. Die Geschäftsunruhe hat eher noch weiter zugenommen. Preise in Rentenmark für 1000 Kilo: Weizen 205–215, Roggen 204 bis 212, Hafer 174–180, Getreide 200–234, Buchweizen 205–215 (ab insländischer Station, einschl. Vorpommern). Ausländ. Gerste 205–210, Mais 195–197, drei Kaimwagen. Getreide etwas steiger bei besserer Nachfrage vom Inlande.

Sen und Stroh. Hamburg, 25. November. Ein Großhandel stellt sich der Preis für Wiesenheu, los, auf 4,20 Mt. do. geprägt auf 5.—Mt.: Getreidestroh, gebündelt, auf 2,50 Mt. Getreidestroh, geprägt, auf 2,55 Mt. Alle Preise vertheilen sich je Zentner frei Wagon Bahnhöfe Hamburg, Altona, Wandsbek etc. Deckenmiete. Tendenz: ruhig.

Kartei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein Südbad.

Am Sonntag, 28. November, um 14 Uhr, im

Landräthaus. Freitag, 26. November, abends 7 Uhr, im

Kärtnerbüro. Die Jugendgesellschaften, die mit über Land gehen, haben zu erscheinen.

Stierbretafel des Sozialdemokratischen Vereins.

7. Dezember. Der Genosse Wilhelm Stier hat die verordnete Beerdigung freigesetzt.

21. Dezember. Begräbnisfeier.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Freitag, 26. November, 1926.

Gebetsergebnis vom 26. November 1926.

Stierbretafel. Heute abend 8 Uhr Versammlung im Vereins-

Was jeder Wähler wissen muss!

Was sind die Deutschnationalen?

1. Die Deutschnationalen, die sich bis zum Zusammenbruch Deutschlands „Konservative“ nannten, haben den Verständigungskrieg verhindert und damit Deutschland in den Abgrund gestoßen!
2. Die deutschnationalen Regierungsmänner und Heerführer haben während des ganzen Krieges durch die falschen Siegesnachrichten das deutsche Volk belogen und damit den Krieg verlängert; den Hunger ins Land gebracht und somit die Front erodiert!
3. Die Deutschnationalen haben, als Lubendorff die Nerven verlor und völlig überlistet den Massenstillstand forderte, womit er den Zusammenbruch herbeiführte, die führenden Stellen verlassen und sind geflohen!
4. Die Deutschnationalen sind die allein Schuldigen an dem harren Frieden von Versailles, denn ihre Staatsmänner und Heerführer erkannten nicht die Gefahr. Statt Frieden zu suchen, ließen sie das deutsche Volk verblassen. Nur dadurch konnte Deutschland dieser furchtbaren Frieden dulden werden!
5. Die Deutschnationalen haben nach dem nur von ihnen verschuldeten Zusammenbruch Deutschlands jede Mitarbeit am Wiederaufbau verweigert, dafür aber jede Partei und jede Person, die am Wiederaufbau arbeitete, beschimpft, verleumt und mit Schmuz beworfen.
6. Die Deutschnationalen erzeugten durch ihre verlogene Hebe die Atmosphäre des Kapp-Putsches, der Wahnsinnstaten der Putschverbände, der Münchener und anderer Pusche, der Ministermorde und der politischen Mordeverschüsse. Damit wurde Deutschland auf die moralisch tiefste Kulturstufe herabgedrückt.
7. Die Deutschnationalen hetzen gegen die Reparationsleistungen, dadurch kam die Belebung der Ruhr- und weiterer Gebiete rechts des Rheins! Millionen Deutsche kamen unter Fremdherrschaft, wurden ausgewiesen, in Gefangenissen geworfen, viele verloren ihr Leben. Das wichtigste Wirtschaftsgebiet Deutschlands ging verloren.
8. Die Deutschnationalen hetzen und brachten in der Inflationszeit, um den Arzneien Gewinne auszulösen, die Lebensmittelrationierung und Preistrolle zu Fall, welche deutschnationalen Minister seinerzeit während des Krieges eingeführt hatten. Damit öffneten sie dem Krieger und Schieberkrieg Tür und Tor. Niedrige Preisesteigerung, Zusammenbruch der Währung, völlige Verarmung der Rentner und Späher, Hunger und Elend der Rentner, Wohn- und Gehaltsempfänger war die Folge.
9. Die Deutschnationalen haben den aus dem Dawesgutachten entstandenen Londoner Beitrag mit Beschimpfungen müsterhaft bekämpft, als ein zweites Versailles, als Landesverrat bezeichnet. Sie waren aber weniglos genug, die Hälfte ihrer Fraktion für diesen „Landesverrat“ stimmen zu lassen, um einige Ministerposten zu erlangen und um dem Volkszorn bei einer Reichstagsauflösung zu entgehen.

Die Sozialdemokratie allein sind es, die bisher die volkskindliche Tätigkeit der Deutschnationalen in wirklicher Weise bekämpft haben. Darum muss jeder, der die deutschnationalen Schädigung des deutschen Volkes überwinden will, am 7. Dezember für die Sozialdemokratie stimmen.

Zurück zur Sozialdemokratie!

In die einzige Arbeiterpartei in Deutschland.

In einer kürzlich in Berlin abgehaltenen sozialdemokratischen Wählersammlung sprach ein Diskussionsredner George, der bisher Kommunist war, und unter lebhaftem Beifall erklärte, dass er seinen Freitum vom 4. Mai einschehe und diesmal sozialdemokratisch wähle!

George war Leiter des 6. Wahlkreises der KPD. Berlins. In den Oktobertagen vergangenen Jahres, als die „Einheitsfront des Proletariats“ von der KPD propagiert wurde, um ihre üblen Partizipanten zu verfolgen, trat George als Leiter des 6. Kreises im Auftrage der KPD an die leitenden Gremien unserer Kreisorganisation zwecks Verhandlungen heran. George hat eingeschoren, welcher Freitum es ist, hervorragendes Mitglied der KPD zu sein und kommunistisch zu wählen. Im Lager der in der Versammlung anwesenden Kommunisten fand die Rede Georges wie eine Bombe ein. In ihrer Verzweiflung gaben die Kommunisten ihrer Verwirrung in verzweifelten Worten Ausdruck. So sagte ein Kommunist, der sich zum Wort gemeldet hatte, und siebenfach in der kommunistischen Schriftzeitung betitelt: „SPD“, seine Rede zusammensetzte, zu einem anderen kommunistischen Diskussionsredner: „Da hat das Rechten gar keinen Zweck mehr.“

Die Vernunft marschiert, da hat das Reden der Kommunisten Zweck mehr. Die Vernunft marschiert, und die Kommunistische Partei tritt vor ihr zusammen.

Zurück zur Sozialdemokratie — das ist die Partei für alle kommunistischen Arbeiter am 7. Dezember. Keine falsche Schau und Scham! Jeder ehrliche Kämpfende ist uns willkommen!

Die Partei des Volkes.

Wer deutsch und national denkt, der wählt nicht deutschnational, sondern sozialdemokratisch!

Die deutsche Nation besteht zum größten Teil aus Arbeitern, Angestellten, Beamten, Kleinbauern, Kleindörfern. Wohlhabend national ist es, diesen Bevölkerungsklassen ein kulturelles Dasein zu verschaffen und zu sichern.

Kultur und Wohlfahrt der arbeitenden Klassen sind Ehre und Stolz eines Volkes.

Das ist das Ziel der Sozialdemokratie.

Zur Ehre der Nation:

Wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch!

Max Höls bedankt sich bei Löbe.

Wer bereit die politischen Gefangenen?

Auf das Gejohre der Kommunisten nach Amnestie für die politischen Gefangenen antwortete in einer Wählersammlung in Köln am Montag, dem 17. November, Genosse Paul Löbe mit Material, das selbst die verbissensten Anhänger der KPD zum Schweigen und aus aller Fassung brachte. Löbe erklärte:

„An der Spitze der kommunistischen Reichsliste steht der am schwersten bestraft Komunist Max Höls (Bravo! bei den Kommunisten.) Hier habe ich einen Brief von Max Höls und in meiner Mappe sind noch zwanzig weitere — in dem er sagt:

„Ich danke Ihnen recht herzlich für Ihre freundliche Mitteilung vom 12. d. Ms. Die Tatsache, dass Sie es trotz der in der bewegten Zeit an Sie herantretenden erhöhten Anforderungen noch ermöglichen, sich um mein Schicksal zu kümmern, kann ich mit ein paar Worten des Dankes nicht abtan-

Unterschrieben ist der Brief: „Mit Hochachtungsvollem — Ihr dankbarer Max Höls.“ Diesen Max Höls habe ich ununterbrochen im Gefängnis betreut, aber in meiner Tasche findet sich außerdem auch ein Brief des Kommu-

nistenführers Pleitner aus dem Mitteldeutschen Aufstand, der zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Er redet mich an mit „Walter Genosse Löbe“ und fleht mich an, für eine Mildierung seiner Strafe einzutreten. 600 Kommunisten sind durch die Vermittlung von Löbe und Radbruch aus den Gefangenissen herausgekommen, aber ihr (zu den Kommunisten) bringt so viele hinein, dass wir Sozialdemokraten gar nicht imstande sind, alle wieder herauszuholen. (Sturmischer, langanhaltender Beifall. Die Kommunisten schweigen betreten.)

Der gelernte Kaiser.

Ein unfreiwilliger deutschnationaler Witz.

Pfarrer Koch, deutschnationaler Abgeordneter, gab am Dienstag im Lyzeum in der Panstraße in Berlin einen unfreiwillig humoristischen Abend. Es herrschte ungeheure Heiterkeit, die sich auch auf Freunde und Gegner erstreckte. Der Redner, der den Zusegern dankte, weil sie gezeigt hätten, wie man es nicht machen darf, schloss mit dem Ruf nach dem „gelernten Kaiser“, worauf die knapp hundert Hörer entstehen, Aushalte und Schlusswort sich schenken.

Das Wahlkamel.



Ich bin kein Wahlesel, sapperlot,
Wie ihn der Heine besungen.
Dem Kaiser bin ich treu bis zum
Doch von Männerstolz auch
durchdrungen.

Ich bin ein riesig gewedter Kerk
Mit einer freudeutschen Seele.
Ich lese täglich den ganzen
Scher —
Ich weiß genau, wie ich wähle!
O. K.

Eine richtige Antwort.

In Zwickau hatten kürzlich ein Arbeitgeber syndikus und ein Referendar einen Zwickauer Arzt wegen des von ihm getragenen Abzeichen des Reichsbanners angeklagt. Der Arzt hatte darauf eine deutliche Antwort gegeben, die sich in der verächtlichsten Weise über die Reichsarbeite und über das Reichsbanner „Schwarz-roß-gold“ ausgelassen hatten, ihm einen Reichsbanner als Kartellträger auf die Nase schickten. Der Arzt behandelte dieses Unfassbare richtig und warf den Kartellträger hin aus. Das hatte zur Folge, dass sich nun mehr ein Ehrenrat mit dem Vorhang zu beschäftigen hatte. Dieser hat zwar die Berechtigung der Forderung abgelehnt, aber es ist bezeichnend, dass dem „Ehrenrat“ der Polizeidirektor der Stadt Zwickau, Dr. Gerland, angehört.

Ein Kommunist für das Reichsbanner.

Vor einigen Tagen sprach in einer sozialdemokratischen Wählersammlung in Teltow ein kommunistischer Diskussionsredner. Als dieser sich eine besonders grobe Tafelchenstellung leistete, rebellierten die meisten Anwesenden durch laute Zwischenrufe. Da rief der Kommunist: „Ich möchte doch das Reichsbanner dringend bitten, für Ruhe und Ordnung zu sorgen!“ Das sogar Kommunisten die Dienste des „Reichsbanners Nollet“ dieses infame Wort wurde bekanntlich zuerst von der „Roten Fahne“ geprägt und von der Rechtspresse übernommen — in Anspruch nehmen, wenn sie sich in der Diskussion Gehör verschaffen wollen, zeugt nur von der hohen Achtsamkeit, die unsere republikanische Schutzbefehlshaber auch ihnen einflößt.

Ein französischer General gegen den Krieg.

Im „Journal du Peuple“ spricht der General Percin in einem Artikel „Das Fest des 11. November“ die Hoffnung aus, dass man den Kindern in der Schule anlässlich dieses Tages sagen wird, dass der Krieg ein nicht nur barbarisches, unmenschliches tölpeliges Mittel ist, Meinungsverschiedenheiten zwischen den Völkern zu regeln, sondern auch ein unsinniges, da der Erfolg vom Zufall, von der Rivalität der Führer, vom Streben nach Ehre, Gewinn und Belohnung abhängt. Es ist nicht richtig, den Kindern zu sagen, dass die Deutschen Barbaren sind, allein schuldig am Kriege, denn dann würde es keine deutsch-französische Annäherung geben, ohne die ein Friede in der Welt nicht möglich wäre. Es ist auch nicht richtig, ihnen zu sagen, dass der Sieg dem Genie des Marschall Foch zuzuschreiben ist, denn es ist erwiesen, dass der Krieg beendet wurde, weil das deutsche Volk nicht mehr mithielt. Man soll ihnen aber sagen, dass es solange keine internationale Freundschaft in Europa geben wird, solange für eine Nation ein Tag der Trauer, für die andere ein Feiertag sein wird.

Wo kommt das Geld her?

Die bürgerlichen Parteien als Rostgänger des Großkapitals.

Die Unternehmer haben kein Geld, um die Arbeitersöhne zu verbessern. Aber um die Lage der Arbeiter zu verschlechtern durch die Wahl eines Reichstags, der ihnen zu Gefallen ist, dazu haben sie Geld. Herr v. Borrig versendet an die Industriellen folgendes vertrauliche Rundschreiben:

Die Reichstagswahlen am 7. Dezember d. J. werden für die künftige Wirtschaftsentwicklung von ganz besonderer Bedeutung sein. Noch mehr als bei früheren Wahlen wird darauf Bedacht genommen werden müssen, dass vor allem jolche Abgeordnete gewählt werden, die wirtschaftlichen Weltblick besitzen, den

Herrn der Wirtschaft Verständnis entgegenbringen und ihren Bedürfnissen in ihrer parlamentarischen Tätigkeit Rechnung tragen. Es gilt auch diesmal wieder, Geldmittel aufzubringen, um die Interessen der Wirtschaft bei der Wahl zur Geltung zu bringen. Ich erlaube mir daher, auch jetzt wieder an die Mitglieder heranzutreten mit dem Vorschlag, ebenso wie bei der vorigen Wahl einen Beitrag von 2 Mark pro Kopf jedes am 1. Oktober 1924 beschäftigten Arbeiters und Angestellten zu entrichten, wobei ich bemerken darf, dass einzelne Firmen in Anerkennung der besonderen Bedeutung der diesmaligen Wahlen bereits

Beiträge von 3 und 4 Mark pro Kopf des beschäftigten Arbeitnehmers

gezahlt haben. Der gleiche Ausschluss, der es bereits bei früheren Wahlen übernommen hat, die eingehenden Gelder auf die verschiedenen Parteien im entsprechenden Verhältnis zu verteilen, wird auch dieses Mal in Tätigkeit treten. Ich bitte Sie, sich Ihrerseits an dieser für die Wirtschaft besonders bedeutungsvollen Mozhnahme zu beteiligen und einen entsprechenden Beitrag auf das Sonderkonto W des Verbandes Berliner Metallindustriecler G. B. bei der Deutschen Bank, Depotskasse C, Berlin W. 9, Potsdamer Straße 127/128, unter gleichzeitiger Angabe an die Geschäftsstelle des Verbandes zu überweisen. Spezielle Wünsche, dass die Gelder einer bestimmten Partei zugeführt werden sollen, werden entgegenkommend berücksichtigt. Soweit Firmen für Wahlzwecke bereits Beträge an andere Stellen abgeführt haben, steht der Abrechnung dieser Beträge nichts im Wege; ich bitte jedoch, dabei angeben zu wollen, welche Beträge bereits gezahlt und wohin sie abgeführt sind. Mit Rücksicht auf die Nähe des Wahltermins ist große Belehrung geboten. Mit vorzüglicher Hochachtung Ernst v. Borrig.

Wenn die Herren Unternehmer 2 bis 4 Mark pro Kopf der beschäftigten Arbeiter übrig haben, so könnten und sollten sie diesen Betrag den Arbeitern selbst zuwenden lassen, damit sie einmal für sich und ihre Familie ein ordentliches Stück Fleisch kaufen können. Stattdessen werden Beträge, die aus der Arbeit der Männer und Frauen an der Maschine und im Kontor herausgewirtschaftet werden, zur politischen Vertretung von Arbeitgeberinteressen missbraucht.

Warum gibt denn der Unternehmerverbund den bürgerlichen Parteien Geld?

Weil er weiß, dass er damit zwingt, die Arbeiter zu knebeln, den Unternehmern Zollgeschenke zu machen.

Weil so bezahlte Parteien nur noch Knechte des Großkapitals sind, gekauft mit den Geldern, die dem Arbeiter abgezogen sind.

Und die Kommunisten —

Nächst den schwerindustriellen Parteien arbeiten in Deutschland zweitlos die Kommunisten mit dem meisten Geld. Man sieht sich nur in Lübeck um. Was mag wohl jede

zweite Nummer des „Komunisten“ der Partei kosten. Mit den paar Abonnenten und fast ohne Inserate kann — das weiß jeder, der vom Zeitungswesen eine Ahnung hat, nicht einmal die Hälfte der Herstellungskosten gedeckt werden, obwohl das Blatt teurer ist als der „Volksbote“. Und trotzdem hatte die Partei Geld, um im teuersten Platz Lübecks, im neuen Handelsamt am Bahnhof, Räume zu suchen.

„Kreis spielt keine Rolle“,

wurde dem verblüfften Vermieter gesagt. Über das sind ja alles nur Kleinstleute. Eines haben die letzten Prozesse — trotz ihrer parteilichen Führung doch bewiesen: Überall waren große Waffen- und Sprengstofflager, zahllose Funktionäre wurden, zum Teil in ausländischer Währung, beschäftigt. Fast jeder Bezirk hatte eigenen Anteidienst mit Moskau.

Das alles kostet unglaubliche Summen; und dabei ist Deutschland nur ein Bezirk bolschewistischer Außenpropaganda.

Wo kommt das Geld her? — Jedes Kind weiß es:

aus Russland.

Daher kommen auch die Mittel für die materiellen Leistungen der FAZ, die überall, wo es geschieht wird, große Mittel für Wohlfahrtspflege mit vollen Händen ausgibt.

Russland ist Russland selbst.

Wie es da aussieht, darüber siegen wieder einmal zahlreiche Angaben vor, die einen jeden fühlenden Menschen mit Grauen erfüllen. „Volksbotenschwindel“ wird der „Komunist“ morgen heulen.

Wer hat nicht

Semafoß, der Volkskommissar für Volksge sundheit, in einem Artikel der „Iswestia“ vom 12. November unter der Überschrift „So geht es nicht!“ geradezu erschreckende Zahlen gebracht!

Im Gouvernement Twer sind von 13 Krankenhäusern noch 3 übrig, im Gouvernement Tambow von 14 nur 1. Im Gouvernement Petersburg ist die Zahl der Krankenbetten um 2000 zurückgegangen.

Gehöllisch liegen die Dinge in ganz Russland. Die Krankenhäuser in schlechtem Zustand, die Häuser halb zerfallen, ohne Instrumente, ohne Krankenwässche. Im Uralgebiet fehlen in 37 ärztlichen Bezirken die Krankenhäuser völlig. Nur an 150 Stellen arbeiten dort Ärzte, 421 Stellen werden notdürftig von Militärarzttypen besetzt. Noch schlimmer liegen die Dinge in den Hungergebieten.

Die Krankenhäuser sind vielerorts nicht einmal mehr in der Lage, die ganz Armen ohne Entgelt zu bedienen.

Im allrussischen Gesundheitsrat wurde für 145 ländliche Ortschaften festgestellt, dass die Geburtenzahl für die Jahre 1921/23 im Vergleich zu den Jahren 1914/1920 zurückging, während die Sterblichkeitsziffer um ein vielfaches gestiegen ist.

Die Säuglingssterblichkeit war ebenfalls 1921/23 um 11 % höher als in der Zeit von 1914/1920. Trotz des ungeheuren Elends der Bauernbedingungen werden aber noch immer mehr medizinische Fakultäten geschlossen.

Das ist das Sowjetparadies. Semafoß Zahlen sind kein Schwund. Und diesen in grenzenlosem Elend dahinvegetierenden Bauern wird mit Tscheta und Rotgardisten das Geld abgepresst, mit dem bei uns Russen injiziert werden!

Die Wahlgelder der Schwerindustrie hinter, das Blutgeld der Kommunisten noch tausendmal schlimmer!

Nur eine Partei lebt und kämpft aus eigener Kraft:

Die deutsche Sozialdemokratie!

Kunsthonig von Häuer

2½-Pfd.-Packung 1.95 Mk.
bienenhoniggleich

Für die menschliche Ernährung unbedingt erforderlich, weil blut- und kraftbildend

Amtlicher Teil

Die am 6. September d. J. angeordnete Sperrung der Straße Moislinger Allee bis zum Moislinger Baum ist mit Ausnahme des Radfahrweges für den Verkehr wieder freigegeben. Lübeck, 25. Nov. 1924. (12854) Das Polizeiamt.

Ronkursverfahren

In dem Ronkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Gustav Martin Waldemar Ludwig in Lübeck, Marktstraße 2, alleinigen Besitzers der Firma Schuhhaus Zentrum W. Ludwig wird die Vorannahme der Schlupfverteilung genehmigt und zur Abnahme der Schlupfrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendung gegen das Schlupfverzeichnis, sowie zur Belehrung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und über die Vergütungen der Mitglieder des Gläubiger-Ausschusses. Termin auf den 10. Dezember 1924, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht, Abt. 2, hier selbst, Zimmer Nr. 9, bestimmt.

Lübeck, den 18. November 1924.
Das Amtsgericht, Abtl. 2

Am Donnerstag, dem 27. November 1924, vorm. 9 Uhr, wird der Kapitän Willi Wiegner vom Dampfer "Franz" wegen einer Reihe von Steuern auf hier im Gerichtshause, Zimmer 9, Verklarung ablegen. (12872)

Amtsgericht Lübeck.

Offizielle Bekannterung

am Freitag, d. 28. d. Mts., neum. 9 Uhr, in der Bekannterungshalle des Gerichtshauses über:

1 Flügel, 3 Klaviere, 4 Schreibmaschinen, 1 Motorrad, 1 Fahrrad, 1 Schuhmacherei, 1 Schuhnahmehandlung, 1 Federmeise, 1 Grammophon, 7 fabrikneue Vollgummireifen, 820×120, Continentalreifen, Kontinentale, Bücher, Alten, Kinder- und andere Schränke, Ansichts-, Herrenzimmer- und Schreibpulte, Alttische, Schreibtische und Schreibpulte, Schreibpulte, Bürofächungsapparate, Kopierapparate, 31 Blätter Wein und Bier, Sofa, Sessel, Bettfuß, 1 Teppich, 1 Kommode, 1 große Partie Anzüge u. and. Stoffe, 1 große Partie Schreib- u. Briefpapiere, Briefumschläge, Stahlseide und Kopierpapier, 1 Partie Zigaretten, 1 Partie Ledertaschentücher, 1 Partie Kürschnerwaren u. s. w. m.

Das Gerichtshauslizenzamt.

Am Dienstag, dem 24. November, entstieß plötzlich und unerwartet infolge eines Schlosspanikisses nach einem unerträlichen arbeitsfreien Leben meine liebe Frau, meine herzensgute, siebe Mutter, Schwiegermutter u. Großmutter

Catharina Wiegner

geb. Ziethen
in ihrem 74. Lebensjahr.

In tiefer Trauer:
J. J. H. Wiegner
Johann Wiegner und Frau Friederike
geb. Heinemann
Johs. Bratz und Frau Emma
Carl Warneck und Frau Minna
geb. Wiegner
Willi Wiegner und Frau Luise
geb. Desramond
Entsündeter und Angehörige.
Lübeck, Kronenforder Allee 22.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 27. November, 10½ Uhr, von der Sargtröhre aus statt. (12855)

Wall-, Hasel-, Para-Nüssen

Krachmandeln : Traubrosinen

Feigen in Schachteln Mk. —.55
Feigen in Gelatine —.90
Datteln in Kartons —.80

Ferd. Kauscr, Breite Str. 81

Wegen Trauerfall

bleibt das Geschäft

am 27. November
vormittags geschlossen!

Johann Wiegner

Balauerfohr 26/28 (12869)

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands District Lübeck

Nachruf!

Am 25. Nov. 1924 wurde uns durch Unfall mit tödlichem Ausgang der Kollege

Josef Polley

entnommen. (12869)

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Ortsverwaltung

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck

Am 22. d. Mts. verstarb unser treuer Kollege

Wilhelm Ihns

Gute Rücksicht seinem Andenken!

Beerdigung Freitag, den 26. d. M., nachmittags 2½ Uhr, Begräbnisfriedhof. Die Ortsverwaltung

Möbl. Zimmer zu verm. (12844) Reiserstr. 29/2

Zu verkaufen ein Kinder-Schlafzimmerschrank und Puppen-Schlafzimmerschrank (12870) Gemüsestr. 45, Hoh. I

Geflüchtet deutliche Schärfenwand. Lieberdring erhält Belohnung mit Entlastung der Kosten. (12855) Dritterdamm 24

Zentral-Theater

Feraru 1359 Johannisstrasse 25

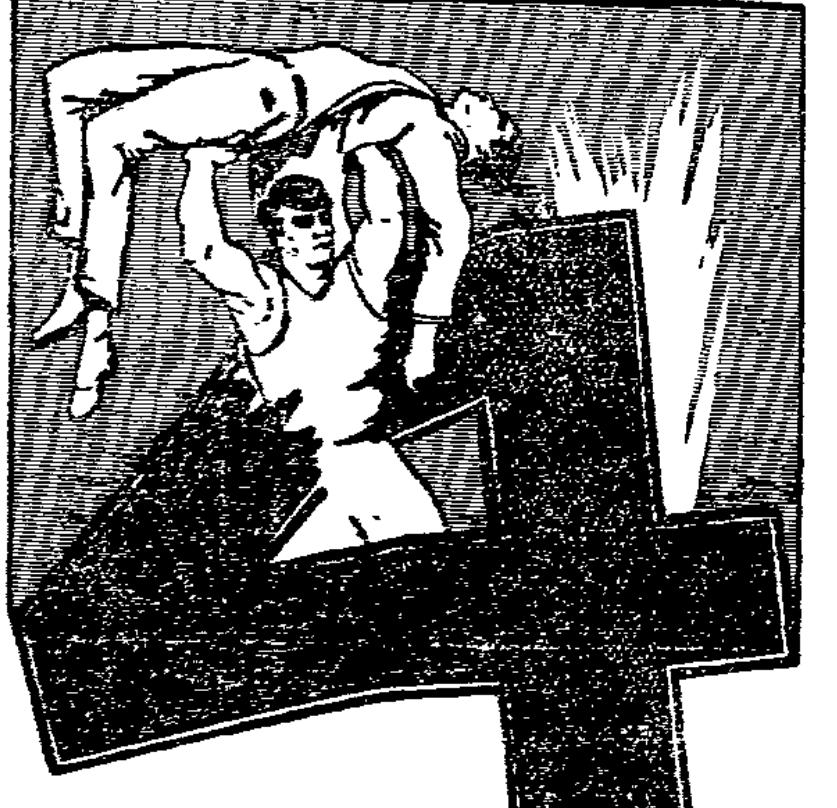
Heute und folgende Tage:

Eddie Polo

der König der Sensationsdarsteller übertrifft sich selbst in seinem schönsten, stärksten und letzten Großfilm

Die Geheimnisvollen 4

12 Akte



Das Geheimnis der Ölquellen

6 Akte

Harry erlebt Vaterfreuden

Lustspiel in 2 Akten mit HARRY SWEET in der Hauptrolle

Queenie und die Pokerpartie

Komödie in 2 Akten mit Queenie, dem Wunderpferd, in der Hauptrolle

Orchestermusik = Spielzeit 4—11 :: Sonntags 3—11

Gas cbm 19 Goldpfsg., Lichtstrom kwh 60, Kraftstrom 27, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfsg. (12851)

Evolution

Heute Mittwoch **Ge. Ball** verstärktes Ballorchester unter persönlicher Leitung d. Herrn Kapellmeisters **Richard Wagner**. Kassenöffn. 6½ Uhr Inh. H. Reck.

Ludwig Frank

Ein Beitrag zur Entwicklung der Sozialdemokratie.

Preis: Brosch. 1.20 Mk. Buchhandlung

"Lüb. Volksbote"
Johannisstr. 46.

Adlershors
Morgen Donnerstag: (12842)

BALL!

D

Gesetzliche
Wählerversammlung
der Deutschen Demokratischen Partei

im Kolosseum

am Freitag, 28. November
abends 8 Uhr

Referent: 12842
Senator Dr. Stubmann, Hamburg

L

Arbeiter-Radikaler-Bund „Solidarität“

Ortsgruppe
Fackenburg

Am Sonntag, dem 30. November 1924

BALL

in der „Brauerei Fackenburg“

Auftreten der Mannschaften auf den neuen Saalmaschinen

Anfang 6 Uhr (12856)

Es lädt freundlichst ein Der Festausschuss

NG B.L.V. Holzgemeinschaft für Bestaffungen e. V. Lübeck.

Freitag, den 28. Novbr. abends 6 Uhr

Außerordentliche Mitgliederversammlung am Donnerstag, 27. Nov. abends 7½ Uhr im Lokale F. Lender, Hundestrasse 41.

Tagesordnung:
1. Ergebnis der Beihandlung vor dem Schlichter
2. Verschiedenes. (12855)

Die Ortsverwaltung

Deutscher Verkehrs Bund
Ortsverwaltung Lübeck (12859)

Berfassung

der Hansdiener u. Reinigungskräfte am Donnerstag, 27. Nov. abends 6½ Uhr

der Kaufmanns- u. Getreidearbeiter abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission

Die Ortsverwaltung

Plattdeutsche Volksgilde Lübeck

2. Klönenabend

Donnerstag, 27. Nov. Klub 428

in't Kolosseum

Bloß für Maten! Nige Mitgliedertort vorwiesen (12840)

Der Gelpenni von Elbed is dor

Hans-Theater

Nur noch 4 Tage!

Sylvester

Schäffer

U. Pracht-Programm

Sonnabend, 29. Novbr. Anfang 3½ Uhr 6 Uhr

Gr. Fremden- u. Familien-Vorstellung.

Kinder (12822) halbe Preise

Tägl. 8 Uhr

Stadttheater Lübeck

Mittwoch, 7.30 Uhr: Hoffmanns Erzählungen

12830

Tannhäuser

Freitag, 7.30 Uhr: Baumelster

Solness

Sonnabend 7.30 Uhr: Der fliegende Holländer

Gas cbm 19 Goldpfsg., Lichtstrom kwh 60, Kraftstrom 27, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfsg. (12851)

Ortsauskunft Mitteilungsblatt des O. D. G. B., Ortsausschuß Sübeck und des Ortsamtes, Ortschaften Sübeck.

Erreicher zu dauernd zu setzende Leistung mit Zwecken der Zivilgesellschaftsorganisation, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, führt je länger je mehr zu wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlicher Fundierung der Pädagogik, zur Durchdringung der Wirtschafts- und Gesellschaftslehre mit Erziehungsgedanken.

Für die Gesellschaftsleistung dieses gesellschaftlichen Umgebaus- und Umdenkmungsprozesses ist das Bildungsproblem der wertvollen Jugend unlösbar herzuholen. So werden im „Willhelm Meister“ weit vorausgeschauten Erziehungsfragen für uns pädagogische Würthigkeit, deuten wir die „pädagogische Provokation“ nach Maßgabe unserer gesellschaftlichen Entwicklungsstufe und der ferneren, uns wahrnehmbaren Entwicklungstrichtung.

Die politischen Absichten der Reaction sind: Befreiung der Demokratie,

Wirtschaftspolitischen Absichten der Reaction sind:

Die wirtschaftspolitischen Abteilungen der Kreatoren sind:
Serafdrückung der Arbeiter in die alte Unabhängigkeit,
Beleidigung, mindestens aber Entfröntung ihrer politischen
und wirtschaftlichen Rechte,
des Koalitionsrechts,
des Rechtshabendenzages,

Wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch!

Gewerkschaften

Arbeitervertretung im Wirtschaftsrat.
Beteiligt sich nur eine Betriebschütergruppe an der Betriebsräte-
wahl, so hat der gewählte Gruppenrat die Rechte und Pflichten
eines Betriebsrates.

Zum Betriebe der Firma König, Kürten u. Co. (Metall-Zulieferer), Berlin, fand im April die Betriebsratswahl statt. In der Wahl beteiligten sich nur die Arbeiter. Die eingesetzten hielten der Wahl fern. Als der so einstige gewogene Betriebsrat eine Befreiung im Haftungsrat der Firma beantragte, lehnte die Firma dies Berlangen ab, indem sie den Standpunkt vertrat: Da sich die Arbeitnehmer nicht an der Wahl beteiligt hätten, sei sein Betriebsrat, sondern nur ein Gruppenrat (Arbeiterrat) aufzufinden gekommen, der nicht befugt sei, die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zu vertreten. Nach § 5 des Gesetzes vom 15. Januar 1922 sei nur der Betriebsrat berechtigt, einer mehrere seiner Mitglieder in den Haftungsrat zu entsenden. Ein Betriebsrat bestehé aber bei der Firma nicht.

Der Betriebsrat beantragte beim Arbeitsgericht (Rammer 10 des Gewerbegerichts), festzustellen, daß er berechtigt ist, ein Mitgriff in den Aufsichtsrat zu entsenden. Das Gericht gab dieser Antrage statt mit der Begründung:

Wenn infolge Wahlentziehung der Wahlfeststellten ein Gruppenrat nur für eine Arbeitnehmergruppe außenlandbegrennt ist, so hat dieser Gruppenrat gleichzeitig die Rechte und Pflichten des Betriebsrates. Diese Ausschaffung findet im § 78 BGB. eine Stütze. In dem bestimmt ist, daß der Werchterrat, der Betriebsrat oder, wo ein solcher nicht besteht, der Betriebsrat die Aufgaben ausübt. Die gegenwärtige Zulässigkeit würde umhin sein und nicht nötig. Die gegenwärtige Zulässigkeit des Betriebsrates ausübende Gruppenrat, von dem Recht der Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat Gebrauch machen kann. Der Gruppenrat, der hier mit dem Betriebsrat zusammenfällt, ist daher berechtigt, ein Mitglied in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Am die mitglieder der Gewerkschaften;

Göttingen, den 26. September 1924

Güntner 15

2.

Am die mitglieder der gemeinfabriken

Zum zweiten Male in diesem Jahre werdet ihr an die
a h u n e gerufen. Der Inflationsstreittag, eine zu erster
sehgescheiterter Arbeit umfahige Körperschaft, ist aufgesetzt, und
die Hand der Bühler ist von neuem das Schicksal des Deutschen
Volkstums. Wer wird die Arbeit lösen? Wer wird die
Reichsverfassung ordnen und wo wird die Reichsverfassung
hältnissen angepaßt?

Wo allein ist es möglich, das **R**at **i**on **s**etzt
und die gesetzliche Unerfassung der Geschäftsfäden durch
Sen **R**e **i**ch **st** **a**g.
Wo wird die **W**erte **i**l **u**ng **d**er **Q**a **s**te **n** gelesst?
die der **D**a **w**es-**P**la **n** uns gebracht hat?
Zoll **p**oli **t** **i** entschieden?
Sen **R**e **i**ch **st** **a**g.

Heute ist der Reichstag etwas ganz anderes. Heute geht die
Sache eines Delegationsstücks war, wachsen kommt.

Mit all diesen Gesetzen wird sich der Reichstag, 7. Dezember gewählt werden, zu beschließen hat Geschäftsmitsieber!

Er wählt auch die Regierung.

Die Wahl ist damit gegen früher gänzlich gewachsen. Und in dieser Zeit steht die deutsche Arbeiterklasse nicht mehr einig und geschlossen da. Stattdessen kommt ein neuer Gegner auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet auch dort in geschlossener Front gegenüberzutreten, wo die Mächtigen und mittleren geistlichen Formen erhaschen, würten die Arbeiter gegen

Es wird von den Leuten, die sich Kommunisten nennen und die geschäftsmäßig die Vermittlung und Berförderung der Kritikorganisationen von ihnen aus betreiben, sowiel vom Klassenkampf geredet. Dabei drücken sie eine der wichtigsten Güten des Kaiserreiches auf den Boden einer Radikalführung hinunter, in dem Besitzreichen, dem Reichstag und den Parlamentarismus den Konservativen zu kontrahieren. Oder ist der Reaktionäre keine Güte des

Arbeitervässtern und Arbeitervaguen!

Geh eure Stimme der Sozialdemokratie! Sie war es, die euch durch ihre Botschaften erzogen, daß das Recht in Reich, Land und Gemeinde gegeben hat, politischen Einflußlosigkeit des weiblichen Teils der Gesellschaft zu erleichtern wird?

Der Reichstag entscheidet.

Wo wird die Frage entschieden, ob wir den geschlechtlichen Unterschieden wieder schließen sollen?

Im Reichstag. Wo wird das Strafgesetz, das Vertragsvertragsgesetz, die Ehe im richtigen Maße gesetzlich gestaltet?

Wahl am 7. Dezember für Sozialdemokrat!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund

